

Frankfurter Allgemeine

Dossier 6

Juli 2020

Konjunktur und Corona



Dass die Corona-Krise schwerwiegende Folgen für die Weltwirtschaft haben wird, steht außer Frage. Zahlreiche Staaten haben mit umfangreichen Konjunkturpaketen, Steuersenkungen und Direktzahlungen versucht, die Folgen der Krise abzumildern. Aber mit Erfolg? Wir haben uns umgehört und einzelne Branchen unter die Lupe genommen.

Viele Folgen der Pandemie werden erst im Herbst und im Winter sichtbar sein. Welche Branchen werden am schwersten betroffen sein? Gibt es auch Gewinner?

4,50 Euro www.faz.net

Weniger Konsum
überall
Seite 4

Angst vor der
Arbeitslosigkeit
Seite 6

Macht Corona
alles grüner?
Seite 9

Wirtschaftsrisiko
Fakenews
Seite 13

Corona als
Ausrede
Seite 16

Banker am Rande
des Nervenzusammenbruchs
Seite 19

Keine Geschenke
für Europas Süden
Seite 21

Teurer Wohnen
in der
Pandemie
Seite 26

ISBN: 978-3-89843-398-3

Adobestock.com / jozefmicic

Inhalt

Editorial.....	S.3
Darf es ein bisschen weniger Konsum sein?.....	S.4
Die Sorgen sind zurück.....	S.6
Grüner aus der Krise.....	S.9
Wie sich Unsinn im Netz verbreitet.....	S.13
Corona wird zur liebsten Ausrede.....	S.16
Corona schlägt voll ins Kontor.....	S.19
„Eine Schuldenunion wird es mit uns nicht geben“.....	S.21
Die Maske ist ein Lustkiller.....	S.24
Wieviel wir künftig fürs Wohnen bezahlen.....	S.26
Zehntausende Kunden bedienen ihre Kredite nicht.....	S.29

Impressum

Frankfurter Allgemeine Dossier eMagazin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main, 2020.
Alle Rechte vorbehalten.

Verantwortlich
Carsten Knop

Redaktion und Gestaltung
Hans Peter Trötscher

Projektleitung: Olivera Kipic (F.A.Z.-Archiv, Ressortleitung Content-Vermarktung)

Autoren: Johannes Pennekamp, Julia Löhr, Britta Beeger, Mona Jaeger, Rainer Schmidt, Gustav Theile, Corinna Budras, Tim Kanning, Ralph Bollmann, Stephan Löwenstein, Andreas Mihm, Stefanie Diemand, Jonas Jansen, Sarah Obertreis, Christoph Schäfer

Infografik: / F.A.Z.-Grafik
Stefan Walther, Felix Brocker

Fotos: adobestock.com
Titel-Grafik: adobestock.com / Jozef Micic

Produktion: F.A.Z.-Research

Anschrift: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main

Geschäftsführung
Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Breid

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für Inhalte des Frankfurter Allgemeine Dossiers unter www.faz-rechte.de, Kontakt: nutzungsrechte@faz.de



© BCE ECB EZB EKT EKP 2002

Editorial:

Die deutsche Wirtschaft in der Krise

100 EURO
ΕΥΡΩ

Krisen sind oft Augenöffner. Die Corona-Krise zeigt nicht nur, aber eben auch in Deutschland fundamentale wirtschaftliche Stärken und Schwächen eines Landes. Deutschland ist von der im Frühjahr ausgebrochenen Wirtschaftskrise nicht verschont geblieben, aber auch weniger stark getroffen als viele andere Länder. Das wird gerade von vielen europäischen Nachbarn sehr viel bewusster wahrgenommen als in unserem eigenen Lande.

Für die Widerstandskraft der deutschen Wirtschaft gibt es sicherlich viele Gründe. So werden die Einschränkungen des privaten wie des öffentlichen Lebens von vielen Menschen beklagt, aber nach einer Untersuchung der Universität Oxford haben von 21 betrachteten europäischen Ländern 18 das Leben stärker eingeschränkt als Deutschland. Das wird von jenen, die Fakenews gerade über Deutschland und Corona verbreiten und über die mein Kollege Christoph Schäfer in dieser Ausgabe berichtet, zumeist nicht erwähnt.

Überhaupt existiert, wie meine Kollegin Corinna Budras beobachtet hat, eine Neigung, Corona für alle Übel unserer Zeit verantwortlich zu machen. Doch werden Bankfilialen nicht überflüssig, weil ein Virus grassiert, sondern weil immer mehr Menschen ihre Bankgeschäfte im Internet betreiben. Strom war im internationalen Vergleich auch schon vor der Corona-Krise in Deutschland teuer und nicht erst das Virus hat die Gefahr einer den Freihandel unterminierenden Politik für die internationalen Lieferketten verdeutlicht, sondern schon zuvor der Zollstreit zwischen den Vereinigten Staaten und China. Die Resilienz der deutschen Wirtschaft wird auch in den kommenden Monaten auf eine schwere Probe gestellt werden.

Ihr
Gerald Braunberger



Darf es ein bisschen weniger Konsum sein?

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.07.2020

Warum es beim Streit um die Maskenpflicht längst um mehr geht als nur ein Stück Stoff

Von Johannes Pennekamp und Julia Lühr

Ob Harry Glawe mit diesem Sturm der Entrüstung gerechnet hat? Seit der Wirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern am Wochenende ankündigte, dass er angesichts der niedrigeren Corona-Zahlen in seinem Bundesland die Maskenpflicht im Handel lockern will, kochen in Deutschland die Emotionen hoch. Dabei geht es nicht nur um die Frage, inwieweit Stoffmasken tatsächlich Infektionen verhindern, sondern auch um eine gesellschaftliche Grundsatzfrage: Wollen wir überhaupt wieder so viel konsumieren wie vor der Pandemie?

Dass die Maskenpflicht die Kauflaune dämpft, daran gibt es kaum Zweifel. In einer Mitte Juni veröffentlichten Umfrage der Unternehmensberatung EY sagten mehr als 60 Prozent der Befragten, dass sie mit Abständen und Maskenpflicht weniger Spaß am Shoppen hätten. Zwar werden Lebensmittel und Drogerieprodukte weiter rege gekauft. Doch im Modehandel sieht es düster aus. Fast ein Viertel weniger Umsatz erzielte dieser im Mai im Vergleich zum Vorjahr.

"Die Maske ist eine Gierbremse", sagt Stephan Grünewald, Geschäftsführer des Kölner Rheingold-Instituts. Die Atmosphäre in den Geschäften habe damit etwas Bedrohliches. Und dann sei da noch der soziale Druck, sich im Laden richtig zu verhalten, ergänzt Florian Kaiser, Professor für Sozialpsychologie an der Universität Magdeburg. Das Einkaufen habe so seine "Entertainment-Funktion" verloren.

Zumindest in Umfragen trauern die Verbraucher dem Konsumrausch früherer Zeiten nicht allzu sehr nach. In einer Anfang Mai veröffentlichten Erhebung der Beratungsgesellschaft Accenture sagten 45 Prozent der Befragten, dass sie beim Einkaufen nun nachhaltigere Entscheidungen treffen und dies wahrscheinlich auch weiterhin tun werden. Die Berater waren entzückt: "Veränderungen, die sonst wahrscheinlich Jahre gedauert hätten, reduzieren sich auf wenige Wochen."

Doch die Bekenntnisse scheinbar geläuterter Verbraucher sind mit Vorsicht zu genießen, warnt der Soziolo-

ge Ortwin Renn vom Potsdamer Institut für Nachhaltigkeitsforschung. "In der BSE-Krise sagten in Umfragen 40 Prozent der Verbraucher, dass sie in Zukunft ganz oder weitgehend auf Fleisch verzichten wollten. Tatsächlich ist der Fleischkonsum nach Ende der BSE-Krise eher noch etwas gestiegen."

Auch Ökonomen kennen diese Widersprüche nur zu gut. So haben Studien gezeigt, dass Kunden nur 10 Prozent des Geldes, das sie in Umfragen für ethischen Konsum in Aussicht stellen, tatsächlich auch für fair produzierte Produkte ausgeben.

Moral ja, aber bitte nur wohllosiert

Die Karlsruher Verhaltensökonomin Nora Szech erklärt dies damit, dass Menschen zwar einerseits Wert auf ihre "moralische Identität" legten, andererseits ihr Gewissen sehr schnell beruhigt ist - und sie sich dann keine Gedanken mehr machen: In einem ihrer Versuche bekam eine Hälfte der Probanden Handtücher aus Biobaumwolle geschenkt, die andere Handtücher aus konventionellem Material. Alle Teilnehmer wurden danach gefragt, ob sie für Handtücher, die zusätzlich unter fairen Bedingungen produziert worden sind, einen Aufpreis zahlen würden. Das Ergebnis: Die Probanden mit den Bio-Handtüchern sagten seltener ja. Die Menschen geben sich also damit zufrieden, in einem Teilbereich - hier die Öko-Baumwolle - ethisch verantwortlich zu handeln und schauen anderswo dann gerne mal weg. Forscher nennen dieses Phänomen "moral self-licensing".

Ist es also eine Illusion, dass bald fünf Monate Corona-Ausnahmestand die Gesellschaft zu mehr Nachhaltigkeit verändern? Zu einer, die nur noch mit dem Rad zu Terminen fährt, neue T-Shirts nur dann kauft, wenn die alten löchrig sind, und sich nur noch mit Lebensmitteln vom Demeterhof ernährt? Vorsicht, warnt der Magdeburger Psychologe Florian Kaiser, aus der konsumkritischen "Fridays-for-Future"-Bewegung solle man besser kein Umdenken der ganzen Gesellschaft ableiten. Für eine neue Studie analysiert Kaiser gerade die Motivation der Menschen, nachhaltig zu leben. Ein klein wenig gestiegen sei diese, so das erste Ergebnis. Aus seiner Sicht zeigt die Studie aber vor allem eines: "Was für ein dickes Brett da noch zu bohren ist."

Auch Rheingold-Chef Grünewald ist überzeugt, dass sich

das Einkaufsverhalten wieder normalisiert, sobald die Corona-Auflagen fallen. "Die Bedürfnisse sind ja nicht weg, wir sind immer noch die gleichen Menschen wie vor Corona." Und wir sind ausgesprochen träge, das sagt zumindest Dirk Hohnsträter, der die Forschungsstelle Konsumkultur der Universität Hildesheim leitet. Er erwartet eher, dass schon bestehende Trends sich verstärken. "Wachstumskritiker sagen, jetzt ist unsere Stunde gekommen, Konsumfreunde halten dagegen, dass jetzt die Konjunktur angeschoben werden muss." Die Krise wirke wie ein "Weltanschauungsverstärker".

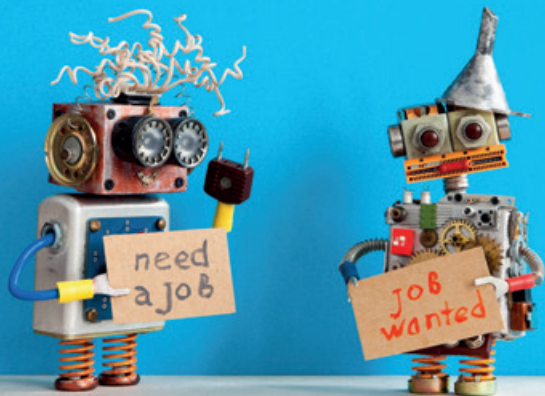
Am ehesten rechnet Hohnsträter noch damit, dass die Menschen beim Einkaufen auf Abstand bleiben wollen und sich Geschäfte eher zu Ausstellungsräumen ähnlich den Apple-Stores wandeln. "Kaufen kann man schließlich auch im Internet." Dazu passt, dass der spanische Modekonzern Inditex mit der Kette Zara, ein Paradebeispiel von "Fast Fashion", bis 2022 rund 1200 vor allem kleinere Läden rund um den Globus schließen will. Investiert werden soll nur noch in große Filialen, die auch als Lager für den Onlineshop dienen.

Sind wir nachhaltig - oder nur faul?

Der Potsdamer Nachhaltigkeitsforscher Ortwin Renn ist sich dagegen "ziemlich sicher, dass wir beim Flugverkehr so schnell nicht wieder auf das frühere Niveau kommen werden". Nachhaltigkeit sei dabei allerdings nur einer von vielen Einflussfaktoren, auch Bequemlichkeit spiele eine Rolle. Geschäftsleute hätten gemerkt, dass Videokonferenzen viel Zeit und Nerven sparen. "Je länger eine Krise andauert, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass sich Routinen ändern", so Renn.

Und dann ist da noch die Frage, ob das überhaupt volkswirtschaftlich erstrebenswert ist - schließlich hängen am Konsum Tausende Arbeitsplätze. "Die moderne Ökonomie ist abhängig vom Konsum von Gütern, die im Prinzip auch verzichtbar sind", sagte kürzlich Jens Beckert, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung. Wir seien auf Wachstum angewiesen. "Es reicht, wenn ein paar Prozent der Bevölkerung ihren Konsum verändern und sich Investitionen verzögern, um das Wachstum weiter zurückgehen zu lassen."

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Die Sorgen sind zurück

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.07.2020

Angst vor Arbeitslosigkeit? Das hat es in Deutschland lange nicht gegeben. Doch in der Corona-Krise ist plötzlich alles anders: für Arbeitnehmer, Berufseinsteiger und Unternehmen. Schlaglichter auf ein plötzlich nicht mehr boomendes Wirtschaftsleben.

Von Britta Beeger und Mona Jaeger

Es wird kein guter Abend, Patricia Petri ahnt es schon. Es ist 17.30 Uhr an einem verregneten Montag im Juni, die Straßen sind leer im Gewerbegebiet in Mörfelden-Walldorf, die Chancen auf Kundschaft gering. Petri sitzt an einem der Tische im "Monkey Diner", einem typisch amerikanischen Diner: rot gepolsterte Bänke, an den Wänden Bilder von Elvis Presley und Marilyn Monroe, im Hintergrund dudelt Fünfziger-Jahre-Musik, auf der Speisekarte stehen Burger, Spare Ribs und Steaks. Petri schaut aus dem Fenster, gegenüber liegt ein Hotel, in dem normalerweise viele Tagungs- und Messegäste sowie Urlauber absteigen - von Mörfelden ist es nicht weit zum Frankfurter Flughafen. Doch das Hotel hat immer noch zu. Sie hofft, dass trotzdem noch jemand kommt.

Nichts zu tun zu haben, das ist es, womit sie gerade schwer klarkommt. Petri - 40 Jahre alt, dunkle Haare, Tattoos an den Armen - arbeitet eigentlich für eine größere Cateringfirma am Frankfurter Flughafen, die verschiedene Fluggesellschaften mit Bordverpflegung beliefert, Essen, Getränke, Snacks. Seit Ende März ist sie in Kurzarbeit, und das zu 100 Prozent. "Ich hatte gehofft, dass es für mich zumindest noch ein bisschen Arbeit gibt", sagt sie. "Leider kam es anders."

Weil die Luftfahrt von der Corona-Krise besonders hart getroffen wurde, hat ihr Arbeitgeber gleich für ein ganzes Jahr Kurzarbeit angemeldet. Ein Jahr nichts tun - für Petri eine Horrorvorstellung. Anfangs hat sie Masken genäht und an Altenheime gespendet, im Frühling war sie auf einem Bauernhof zum Spargelstechen. Doch jetzt sind die Felder abgeerntet, und etwas Neues zu finden ist nicht leicht. Hinzu kommen die finanziellen Einbußen. Für 67 Prozent ihres Gehaltsausfalls kommt die Arbeitslosenkasse auf, weitere 15 Prozent zahlt ihr Arbeitgeber dazu. Trotzdem fehlt ihr jeden Monat Geld, das sie eigentlich brauchte, um ihr Haus abzubezahlen. Immerhin den 450-Euro-Job im Monkey Diner hat sie

noch. "Dafür bin ich wahnsinnig dankbar", sagt sie. "Ich war noch nie in meinem Leben arbeitslos."

Wie ihr dürfte es derzeit vielen Menschen in Deutschland gehen. Der letzte große Wirtschaftseinbruch ist elf Jahre her: Im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 und 2009 wurde vor allem die Industrie kalt erwischt. 1,4 Millionen Menschen waren in der Spitze in Kurzarbeit, bei der Unternehmen die Arbeitszeit und dementsprechend auch das Gehalt ihrer Mitarbeiter kürzen. Das sollte helfen, Entlassungen zu verhindern - und hat damals gut funktioniert. Nach einigen Monaten war das Schlimmste vorbei, Autos und Maschinen "made in Germany" waren in der Welt wieder gefragt.

Die Corona-Krise ist anders. Sie wirkt sich nicht nur auf die Industrie aus, sondern auch auf weite Teile des Dienstleistungssektors: den Einzelhandel, das Gastgewerbe, den Tourismus, den gesamten Kulturbereich. Das hat am Arbeitsmarkt zu einer Situation geführt, wie man sie lange nicht kannte. Plötzlich stehen nicht mehr nur Arbeitskräfte aus einzelnen Branchen wie der Autoindustrie oder dem Maschinenbau vor unsicheren Zeiten, sondern große Gruppen von Menschen über alle Wirtschaftszweige hinweg: Arbeitnehmer, Berufseinsteiger, Unternehmer - sie alle müssen sich plötzlich auf eine ganz neue Lage einstellen.

6,8 Millionen Menschen waren der Bundesagentur für Arbeit zufolge im April in Kurzarbeit, nachdem es am deutschen Arbeitsmarkt zuvor viele Jahre nur bergauf gegangen war - eine nie dagewesene Zahl. Angst vor Arbeitslosigkeit? Das hat man in Deutschland lange nicht gehört. Stattdessen klagten die Unternehmen über den immer weiter zunehmenden Mangel an Fachkräften. Zwischen April und Juni ist die Zahl der Arbeitslosen dann aber deutlich gestiegen, wie die Bundesagentur gerade mitgeteilt hat: auf mehr als 2,8 Millionen, 637 000 mehr als noch vor einem Jahr. Wie weit es noch nach oben geht und wann die Arbeitslosigkeit wieder sinkt, ist offen.

Manche trifft das völlig unerwartet, so wie Stefanie Sander aus Köln. "Nie im Leben" habe sie damit gerechnet, einmal arbeitslos zu werden, erzählt die 36 Jahre alte Frau, die eigentlich anders heißt. Sechs Jahre lang hat sie bei einem größeren mittelständischen Weinvertrieb im Außendienst gearbeitet, es war ihre erste Stelle nach dem Studium, die Arbeit hat ihr immer Spaß gemacht. Als Corona kam, ging sie wie viele ihrer Kollegen zu-

nächst in Kurzarbeit. Größere Sorgen hat sie sich deswegen nicht gemacht, weil sie vor allem Supermärkte als Kunden hatte, und die waren ja weiter geöffnet. Anfang Mai bekam sie dann ganz plötzlich in einem Videotelefonat via Zoom die Kündigung. "Ich habe ein paar Tage gebraucht, bis ich verstanden habe, was da eigentlich passiert ist", sagt sie. Wie es für sie weitergeht, ist noch nicht ganz klar - möglich wäre mit ihrem BWL-Studium vieles. In der Privatwirtschaft will sie jedoch nicht bleiben, Sander sucht gezielt nach Stellen im öffentlichen Dienst. Der Schock über das plötzliche Aus sitzt immer noch tief.

Neu ist, und das zeigt auch ihr Fall sehr deutlich: Von der Corona-Krise sind Menschen mit unterschiedlichsten Qualifikationsniveaus erfasst. Suchte vor Ausbruch der Pandemie ein großer Teil der Arbeitslosen in Deutschland eine Arbeit auf Helferniveau, melden sich nun auch wieder mehr Fachkräfte und Akademiker arbeitslos, wie Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen - und das aus nahezu allen Branchen. Um jetzt einen neuen Job zu finden, ist auch ein Quentchen Glück nötig. Denn viele Unternehmen halten sich angesichts der unsicheren Lage mit Neueinstellungen zurück: Die Zahl der den Arbeitsagenturen neu gemeldeten Stellen ist in den ersten Wochen der Krise auf gut die Hälfte des vorherigen Werts eingebrochen und erholt sich jetzt zwar leicht, aber auf niedrigem Level. Üblicherweise melden sich jedes Jahr rund sieben Millionen Menschen arbeitslos, zugleich finden ähnlich viele Arbeit - so kommt der Arbeitsmarkt ins Lot. Diese gewaltige Fluktuation ist in der Corona-Krise jedoch weitgehend zum Erliegen gekommen.

Unmöglich ist es allerdings nicht, Arbeit zu finden, wie Nadja Schmidt von der Arbeitsagentur in Frankfurt erzählt. Inzwischen gebe es jede Woche wieder ein paar Bewerber, die sie in Arbeit vermitteln könne, sagt sie. "Das macht Mut." Schmidt lässt durchblicken, dass sie für manche ihrer Kunden auch eine Art Seelsorgerin ist. "Einige wollen sich nicht so öffnen und sind recht gefasst, andere haben das Bedürfnis, ihre Ängste zu teilen", schildert sie, "auch ihre finanziellen Sorgen." Was zwischen den Zeilen herauszuhören ist: Für die Arbeitsvermittlerin selbst ist es ebenfalls eine ungewohnte Situation, weil niemand weiß, wann sich die Lage in den Unternehmen wieder bessert. "Alles hängt davon ab, wann die Arbeitgeber wieder einstellen", sagt sie.

Eine Frage, an der nicht nur das Schicksal Hunderttausender Menschen hängt, die in der Corona-Krise ihre Arbeit verloren haben - sondern auch die Zukunft all derjenigen, die gerade den Berufseinstieg planen. Schon früh nach Ausbruch der Pandemie gab es die Befürchtung, dass die Auszubildenden, die Schwächsten in der Nahrungskette des Arbeitslebens, besonders stark unter dem wirtschaftlichen Abschwung leiden würden. Denn welcher Arbeitgeber sucht schon Lehrlinge, wenn er nicht weiß, ob sein Betrieb die Krise übersteht? Hinzu kommt, dass sich ein Problem, das es in normalen Zeiten schon gibt, nun drastisch verschärft hat: Wie finden junge Menschen und die Ausbildungsbetriebe zusammen?

"Wir haben ein ganz gravierendes Matchingproblem", sagt Jana Maria Kühnl, die bei der Industrie- und Handelskammer in Offenbach das Team der Bildungsberatung leitet. Ausgerechnet im Frühjahr, wo es für viele junge Leute darum geht, eine Ausbildung zu finden, fand zweieinhalb Monate lang kein Unterricht statt. Normalerweise kommen um diese Jahreszeit Berufsberater in

die Schulen, Lehrer schauen über die Bewerbungsunterlagen ihrer Schüler und besuchen mit ihnen Veranstaltungen zur Berufsorientierung, Messen zum Beispiel. Dazu gibt es Projektwochen, bei denen Schüler sich ausprobieren und ihre Talente testen können, oder ein Praktikum in einem möglichen Ausbildungsbetrieb. Das fand alles nicht statt und wird auch jetzt erst einmal nicht stattfinden, denn nun muss zunächst einmal Stoff nachgeholt werden.

Natürlich hat auch die Berufsberatung versucht, digital, so gut es geht, auszuhelfen. Die Stadt Offenbach hat ein Programm eingerichtet, bei dem Schüler Informationen über sich hochladen können und Unternehmen sie bei Interesse einladen können. Und das ist weiterhin hoch. In einer Umfrage der IHK Offenbach von Mitte Juni gaben 92 Prozent der Betriebe an, an der Zahl der Ausbildungsplätze nichts zu ändern. Nur zwei Prozent haben wegen der Corona-Krise Ausbildungsverträge wieder gelöst. Denn der Facharbeitermangel wird ja weiter bestehen, das ist den Unternehmen klar.

Noch steht nicht fest, wie stark die Krise auf den Ausbildungsmarkt durchschlagen wird. Der Bundesagentur für Arbeit wurden zwischen Oktober und Juni 479 000 Lehrstellen gemeldet, neun Prozent weniger als ein Jahr zuvor - ein starkes Minus. Und ob die Unternehmen all diese Ausbildungsplätze tatsächlich besetzen, ist ebenfalls noch offen. Die Bundesregierung hat daher kürzlich eine Ausbildungsprämie beschlossen: Für jeden Ausbildungsvertrag, den von der Krise besonders betroffene Unternehmen in diesem Jahr abschließen, gibt es 2000 Euro vom Staat. Unternehmen, die sogar mehr ausbilden, bekommen je 3000 Euro. "Wir kämpfen um jeden Ausbildungsplatz", sagte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) kürzlich bei der Vorstellung der Prämie. Kühnl von der IHK berichtet, die ersten Zahlen stimmten sie vorsichtig optimistisch. Aus ihrer Sicht erkennen die Unternehmen ihre Verantwortung für die jungen Leute - genau daran hatten Politik und Wirtschaftsverbände in den vergangenen Wochen immer wieder appelliert.

Viele Betriebe müssen sich jetzt aber selbst erst mal sortieren. Kommen sie durch die Krise? Müssen sie Leute entlassen? Wie geht es langfristig weiter? Corona hat nicht nur viele Arbeitnehmer wie aus dem Nichts erreicht, sondern auch Unternehmer. In Osnabrück musste Arnulf Piepenbrock sich vor einigen Wochen erst mal informieren, wie das überhaupt geht - Kurzarbeit beantragen. Gemeinsam mit seinem Bruder führt er in vierter Generation das gleichnamige Dienstleistungsunternehmen, das von der Gebäudereinigung über Sicherheitskontrollen an Flughäfen bis zur Wartung von Produktionsanlagen ein breites Spektrum anbietet. Die Umsätze kannten viele Jahre nur eine Richtung: sie stiegen. Durch die Krise war auch bei Piepenbrock plötzlich vieles anders.

Weil das Unternehmen Kunden aus vielen verschiedenen Branchen hat - Banken und Versicherungen, Einzelhändler, Handwerksbetriebe - fielen mit Ausbruch der Pandemie nicht alle Aufträge weg. Doch in der Spitze musste Piepenbrock 4500 seiner rund 27 000 Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken. Leicht ist ihm das nach eigener Aussage nicht gefallen. Piepenbrock erzählt, dass er und sein Bruder bis heute Urkunden ausstellen, wenn Mitarbeiter 25 Jahre in dem Unternehmen seien. "Wir haben versucht, die Kurzarbeit so sozial wie möglich zu regeln", sagt er. "Das ist aber nicht überall geglückt, konnte es auch gar nicht."

Ganz besonders sorgt sich der 50 Jahre alte Unternehmer um die 1500 seiner rund 7000 Minijobber, deren Arbeitszeit in der Corona-Krise gekürzt werden musste. Diese seien von der Politik "völlig im Regen stehen gelassen worden", klagt er. Minijobber haben keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld, da sie keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen. Gerade sie brauchten aber "jeden Cent ihres Verdienstes", ist Piepenbrock überzeugt. Kurzerhand entschieden sein Bruder und er, selbst einzuspringen: Im März zahlten sie betroffenen Minijobbern einmalig 60 Prozent des entfallenen Lohns. Die Kosten beliefen sich nach Piepenbrocks Angaben auf einen sechsstelligen Betrag.

Mit der Sonderzahlung wollte er nicht nur seinen Mitarbeitern helfen. Piepenbrock erzählt ganz offen, dass er auch ein klares Zeichen des Zusammenhalts setzen wollte, um die Beschäftigten zu halten. Denn nicht nur Fachkräfte wie etwa Servicetechniker für die Industrie seien heute schwer zu finden, sondern auch Menschen mit geringer Qualifikation - gerade für die Gebäudereinigung, die nach wie vor einen schlechten Ruf habe. "Wir wissen ja: Nach der Krise brauchen wir wieder Leute", sagt er. Der Unternehmer hofft, dass bald wieder mehr zu tun ist. Viele Kunden nähmen ihren Betrieb langsam wieder auf, das sei ein gutes Zeichen, erzählt er. Zumindest seine Mitarbeiter aus der Verwaltung sollen bald wieder ganz raus sein aus der Kurzarbeit.

So guter Dinge ist Kellnern Patricia Petri aus dem "Monkey Diner" in Mörfelden noch nicht. Ihr Gefühl für diesen Abend sollte sie nicht trügen: Über den Essenslieferdienst Lieferando trudeln ein paar Bestellungen ein, doch in den Diner schaffen es tatsächlich nur zwei Gäste. Sie bestellen einen Apfelwein und eine Pepsi, zwei Burger und zweimal Nachtisch: einen Muffin und einen Brownie. Für Petri bedeutet das: wieder einmal nicht viel zu tun - und wenig Trinkgeld. Viel mehr treibt sie jedoch die Frage um, was in einem Jahr ist, wenn die Kurzarbeit bei der Cateringfirma am Flughafen beendet ist. Kann sie dann tatsächlich in ihren alten Job zurückkehren? Übersteht das Unternehmen die Corona-Krise? Fragen über Fragen, die sie in den kommenden Monaten noch oft beschäftigen werden. Sie selbst sagt: "Ich hoffe aufs Beste."

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Grüner aus der Krise

Frankfurter Allgemeine Quarterly, 18.06.2020

Corona beschert uns eine Rezession sowie wichtige Erkenntnisse über schwache globale Lieferketten, starke Abhängigkeiten von Silicon-Valley-Firmen - und die Brüchigkeit Von Gesellschaftlichem Konsens. Ein Gespräch mit der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm darüber, wo man jetzt investieren und die Weichen für die Zukunft stellen muss.

Interview Rainer Schmidt

Veronika Grimm lehrt Volkswirtschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg und gehört seit April dem "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" an. Mit ihr und Monika Schnitzer sind erstmals seit Bestehen der sogenannten Wirtschaftsweisen, die für die Bundesregierung und die Öffentlichkeit die ökonomische Lage einschätzen, zwei Frauen in dem fünfköpfigen Gremium. Die Energieexpertin erwartet eine schwere Rezession als Folge der Corona-Krise und beklagt eine Diskussionskultur in der Öffentlichkeit, in der man "schnell an den Pranger gestellt" werde, wenn man Wege zu einer "neuen Normalität" aufzeigen wolle. Sie plädiert für entschlossene Investitionen und Anreize für zukunftsweisende Bereiche wie Digitalisierung, emissionsneutrale Wirtschaft und Bildung. Große Impulse würde sie von einer deutlichen Senkung der Strompreise erwarten. Damit könne man Wirtschaft und Haushalte entlasten und zugleich umweltfreundlichere Technologien fördern.

FRANKFURTER ALLGEMEINE QUARTERLY: Früher gab es, ökonomisch betrachtet, nach Seuchen, Kriegen und Katastrophen "Gewinner": Weil an der Pest so viele Menschen starben, stiegen die Löhne, der Faktor Arbeit war knapp geworden. Nach dem Zweiten Weltkrieg boomte die Industrie, weil es so viel aufzubauen gab. Gibt es auch jetzt Gewinner?

VERONIKA GRIMM: Das ist eine Frage der Maßstäbe: Geht es um die wenigsten Toten oder darum, wer am schnellsten wirtschaftlich wieder gut dasteht? Gewinner werden die sein, denen es in den kommenden ein, zwei Jahren am besten gelingt, in Wirtschaft und Gesellschaft eine neue Normalität zu schaffen, denn die Pandemie kann jederzeit wieder aufflammen, solange ein großer Teil der Bevölkerung noch keine Immunität hat. Wir müssen Gesundheitsschutz und wirtschaftliche Aktivität miteinander verbinden. Das geht in Europa nur gemeinsam, denn unsere Wertschöpfungsketten sind stark vernetzt. **FAQ:** Sind nicht die Quasimonopole aus dem Silicon Valley die großen Gewinner?

GRIMM: Der digitale Bereich insgesamt gehört bestimmt zu den Gewinnern, ja. Andererseits stehen die Vereinigten Staaten als Heimatland der Big Four - Amazon, Apple, Google, Facebook - vor einer massiven Rezession mit einer jetzt schon gewaltigen Arbeitslosigkeit in historischer Größenordnung.

FAQ: Alle haben die Abhängigkeit von diesen Unternehmen gespürt. Wird diese jetzt noch größer?

GRIMM: Kommt darauf an, wie wir die Krise nutzen. Alle, die Unternehmen, Schulen und Behörden, sind durch Corona im Schnelldurchlauf gezwungen worden, im virtuellen Raum zu agieren. Das wird der Digitalisierung und darauf aufbauenden Geschäftsmodellen einen nachhaltigen Schub geben. Jedoch sind durch die vergleichsweise restriktiven Datenschutzbestimmungen in Europa bestimmte Plattformgeschäfte und andere digitale Geschäftsmodelle schwerer umzusetzen. Deswegen müssen wir intensiv überlegen, was für Ideen es in Europa gibt, mit denen man sich auf diesen Zukunftsmärkten Marktanteile sichern kann.

FAQ: Sollte der Staat aktiv die Schaffung von heimischen oder europäischen Alternativen zu diesen Firmen fördern?

GRIMM: Wir sind in sehr vielen Forschungsbereichen exzellent aufgestellt, etwa bei der Künstlichen Intelligenz, beim Internet der Dinge, an der Schnittstelle von Künstlicher Intelligenz und Gesundheit, bei Smart Cities und Smart Homes. Aber die Produktumsetzung, die neuen Geschäftsmodelle, die entstehen dann oft nicht in Europa. Dieses ungeheure Potential kann viel besser ausgeschöpft werden. Der Staat muss keine Alternativen zu den Big Four initiieren, aber die Bedingungen für den Transfer von der Forschung hin zu Produkten und Verfahren verbessern.

FAQ: Muss der Staat sein Verhältnis zu Bereichen der Privatwirtschaft grundsätzlich ändern? Sollte er eigene Produktionskapazitäten schaffen oder Branchenteile verstaatlichen, um etwa die Notfallbevorratung von Medikamenten und Schutzausrüstungen für kommende Krisen sicherzustellen?

GRIMM: Nein. Diese Krise war eine Ausnahmesituation, weil alle zur gleichen Zeit dieselben Güter nachgefragt haben, ohne dass es eine Bevorratung gab. Daraus lässt sich nicht ableiten, dass die Lieferketten grundsätzlich nicht funktionieren. Die Frage ist dann: Wie löst man aus dem Nachfrageschock entstehende Verteilungsprobleme?

me? Über den Preis? Weil der Markt die Waren dorthin lenkt, wo die Güter am werthaltigsten eingeschätzt werden?

FAQ: Beziehungsweise sie werden dorthin gelenkt, wo das meiste Geld ist, aber nicht die größte Not ...

GRIMM: Das ist das Gegenargument. Kunden mit Geld kaufen denen die Masken weg, die sie dringender brauchen. Man wird die Bevorratung neu überdenken müssen, für Schutzgüter, aber zum Beispiel auch für wichtige Medikamente. Dafür braucht es keine staatlichen Produktionskapazitäten, sondern Vorausschau, rollierende Bevorratungskonzepte und überarbeitete Krisenpläne. Aber klar ist auch, wir können nicht auf alle Krisen optimal vorbereitet sein, das ist eine Illusion.

FAQ: Sollte, wie auf dem Agrarmarkt, die Produktion von solchen Gütern subventioniert werden, deren Herstellung sich nach Marktlogik nicht lohnen würde?

GRIMM: In der Krise sind Abnahmegarantien ein sinnvolles Instrument, Firmen zur Umstellung ihrer Produktion zu bewegen, um so einem Nachfrageschock adäquat zu begegnen. Langfristig kann das der Markt regeln. Für Wirkstoffe, die unter Normalbedingungen nicht gebraucht, aber als Reserve bevorratet werden sollen, kann man über spezielle Anreizsysteme nachdenken, die zum Teil auch schon existieren.

FAQ: Es heißt, die pharmazeutische Industrie hätte - nach den Erfahrungen mit Sars und Mers - schon viel weiter sein können mit ihrer Virusforschung, aber andere Bereiche schienen lukrativer zu sein. Was folgt daraus für die Forschung?

GRIMM: Ich bin mir sicher, dass dieser Aspekt bei der staatlichen Forschungsförderung in Zukunft sehr viel stärker berücksichtigt wird. Die dafür notwendigen Mechanismen und Plattformen haben wir schon.

FAQ: Insbesondere Arbeiter, Angestellte und kleine Selbständige sind ökonomische Opfer der Krise. Sprechen diese Erfahrung und das gewachsene Bewusstsein für die Möglichkeit kommender Krisen nicht für die Idee eines Grundeinkommens?

GRIMM: Nein, denn in der Krise haben wir gesehen, dass unsere Sicherungssysteme gut funktionieren, der Staat hat etwa mit dem Kurzarbeitergeld und umfangreichen Hilfsprogrammen schnell reagiert. Jetzt sollten wir gezielt über Konjunkturprogramme und Investitionen Wachstum erzeugen. Das sichert Arbeitsplätze und unseren Wohlstand, wovon alle profitieren. Die Herausforderung der kommenden Jahre ist die nachhaltige Transformation unserer Industrie, da sehe ich nicht, wie ein Grundeinkommen helfen kann.

FAQ: Ein Grundeinkommen würde die extremen Unsicherheiten abmildern, die durch die Möglichkeit weiterer Pandemien oder auch die Möglichkeit des Arbeitsplatzverlustes durch Digitalisierung entstehen.

GRIMM: Ja, aber nicht nachhaltig. Ich halte es für gefährlich, diese Diskussionen ausgerechnet jetzt aufzumachen, weil dann neben dem Grundeinkommen sofort viele andere alte Forderungen im Raum stehen, die mit gleicher Berechtigung diskutiert werden wollen. Man muss die finanzpolitischen Möglichkeiten im Blick behalten, denn wir rutschen jetzt in eine tiefe Rezession. Es kann auf einen Wirtschaftseinbruch von 6,3 bis 7 Prozent

übers Jahr hinauslaufen. Auch wissen wir nicht, ob uns noch eine zweite Welle erwischt.

FAQ: Die Pandemie verursacht ungeheure Kosten. Wie wird das Bewusstsein der Möglichkeit solcher Krisen unser Wirtschaftsverhalten ändern?

GRIMM: Unerwartete Ereignisse drängen bestimmte Themen in die Öffentlichkeit. Plötzlich geht es um internationale Abhängigkeiten und Lieferketten, auf einmal wird die systemrelevante Bedeutung der viel zu schlecht bezahlten Pflegekräfte diskutiert. Ist die Krise aber vorbei, ebbt viele der Diskussionen schnell ab - einige zu Recht, andere nicht.

FAQ: Ist die Corona-Krise ein Wendepunkt der Globalisierung, weil man bei geschlossenen Grenzen und unterbrochenen Lieferketten eine unangenehme Verletzbarkeit gespürt hat?

GRIMM: Die Krisenfestigkeit von Lieferketten ist ein Thema. Unternehmen werden wahrscheinlich ihre Lieferketten stärker diversifizieren. Auch werden sie vielleicht mehr darauf achten, in welcher Verfassung Zulieferer und Abnehmer sind, und zum Beispiel ihre Lieferanten nicht mehr so stark unter Kostendruck setzen: Strauchelnde Lieferanten gefährden in Krisen die eigene Existenz.

FAQ: Werden Lieferketten "heimgeholt" werden, etwa in der stark vernetzten Auto-, Elektro- und Textilindustrie?

GRIMM: Nicht im großen Umfang, denn das wäre sehr kostspielig. Schon vor Corona war viel Sand im internationalen Handelsgetriebe, unter anderem wegen der Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und China. Die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) wurden immer öfter, auch mit Absicht, gebrochen. Da mag der ein oder andere schon überlegt haben, wie man sich unabhängiger macht. Aber die Unternehmen sind ja im Ausland aktiv, weil die Produktion dort günstiger ist, etwa wegen niedrigerer Lohnkosten. Diese Abwägung bleibt. Aber in neuen Bereichen - etwa der Wasserstoffwirtschaft oder dem Internet of Things - können neue Wertschöpfungsketten entstehen, die Abhängigkeiten verringern und die deutsche Wirtschaft stärken.

FAQ: Werden wir mehr Abschottung und einen Rückgang des Freihandels sehen?

GRIMM: Es wird sicherlich zu Einschränkungen kommen, aber ob das an Corona liegt oder an Konflikten, die vorher schon da waren, wird schwer identifizierbar sein. In den Neunzigern dachte man bei der Gründung der WTO, man habe den Wettbewerb der politischen Systeme hinter sich gelassen und könne gemeinsam vom Freihandel profitieren. Diese Hoffnung hat sich so nicht erfüllt. Tatsächlich haben wir sehr viele unterschiedliche Systeme, teilweise extrem autokratischer Natur, die sich wirtschaftlich aber einander annähern. Aktuell wird der Welthandel stark von geopolitischen Interessen getrieben, das ist ein Grundproblem, das es zu lösen gilt.

FAQ: Dalia Marin, Münchener Professorin für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, hat nach Corona einen vermehrten Einsatz von Robotern hierzulande und eine Renaissance der Industrieproduktion in Europa prophezeit. Ist das realistisch?

GRIMM: Ja, in den Bereichen Automatisierung, Robotik und Digitalisierung gibt es ein großes Potential in Europa

FAQ: Experten haben schon vor Jahren vor einer neuen Pandemie dieser Art gewarnt, niemand war vorbereitet. Experten warnen seit langer Zeit vor einer drohenden Klimakatastrophe - es scheint nicht viel zu geschehen. Sehen Sie hier berechnete Parallelen?

GRIMM: Corona hat gezeigt: Wird eine Bedrohung sehr konkret, können sich alle für eine gewisse Zeit auf ein Ziel einigen, aber dieser Konsens bricht auch schnell wieder auf. Beim Klimawandel ist die Bedrohung weniger spürbar, aber der Klimaschutz hat immer mehr an Bedeutung gewonnen, in der Bevölkerung und in der Wirtschaft. Es gibt mittlerweile einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass wir Lösungen finden müssen. Die nötigen Technologien sind heute verfügbar, das war vor 20 Jahren noch ganz anders. Die Diskussionen drehen sich eher um die Frage nach der Umsetzung.

FAQ: Aber laut einer aktuellen repräsentativen Umfrage sehen nur noch acht Prozent der Deutschen Klimapolitik als eine Top-Priorität der Wirtschaft. Hat Corona die Fridays-for-Future-Energie zerstört?

GRIMM: Ich glaube nicht, dass das Klimathema grundsätzlich an Bedeutung verloren hat. Unter dem Eindruck der aktuellen Situation denken die Menschen natürlich erst einmal an unmittelbare Bedürfnisse: Was ist mit meinem Job, mit der Schule für meine Kinder, wie entwickelt sich die Wirtschaft, wenn wir weiter öffnen?

FAQ: Haben Sie Verständnis für die teilweise heftigen Proteste in den vergangenen Wochen?

GRIMM: Das hat sich ja abgezeichnet. Zunächst gab es eine große Unsicherheit, auch angesichts der schlimmen Bilder aus Italien, und daher breites Verständnis für die Maßnahmen. Als die Auswirkungen der Maßnahmen auf das eigene Leben langsam spürbar wurden, änderte sich für viele Menschen die Perspektive. Die einen sorgen sich vorrangig um die gesundheitlichen Aspekte, die anderen sehen ihre Existenz und ihre Arbeitsplätze gefährdet. Wir müssen diese Vielfalt der Meinungen aushalten. Es muss jetzt gelingen, Gesundheitsschutz mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten zu verbinden. Allein die Virologen können uns nicht sagen, wie wir die Krise ideal meistern, allein die Ökonomen auch nicht. Die Wissenschaft kann aber Konsequenzen verschiedener Entscheidungen aufzeigen. Die Politik muss auf Basis des jeweils aktuellen Wissensstandes einen Weg formulieren. Es gehört zu einer demokratisch verfassten Gesellschaft, den Diskurs darüber breit zu führen, auch wenn man einige Stimmen dabei nicht mag.

FAQ: Macht Ihnen das Angst, wie schnell die Stimmung gekippt ist?

GRIMM: Angst nicht. Aber man hat großen Respekt davor, sich öffentlich zu äußern. Wer versucht, Optionen für eine "neue Normalität" aufzuzeigen, wird schnell an den Pranger gestellt, er oder sie wolle Geld und Wohlstand gegen Leben aufwiegen. Aber darum geht es nicht. Wir brauchen Strategien, wie wir in den kommenden ein bis zwei Jahren mit dieser Pandemie leben. Ich habe großen Respekt vor allen, die diese Diskussion in der Öffentlichkeit mit bestreiten und ihre Perspektiven einbringen.

FAQ: Nicht nur die Regierung, auch die EU will klotzen, Ursula von der Leyen sprach von "Billionen, nicht Milliarden". Wo sollte das Geld investiert werden?

GRIMM: Die Maßnahmen sollten die Konjunktur wieder-

beleben, aber gleichzeitig Wachstumschancen für die Zukunft eröffnen. Zentral sind die Bereiche Digitalisierung, Klimaschutz und Bildung. In der Digitalisierung erfahren wir durch die umfangreiche Heimarbeit ohnehin gerade einen großen Schub, diesen Ball können wir direkt aufnehmen und auch verstärkt in die Infrastruktur investieren. Die deutsche Industrie befand sich schon vor Corona in einer Transformation hin zu klimaneutralen Technologien und Produkten. Hier liegen attraktive Geschäftsmodelle der Zukunft, durch die unsere globale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wird. Das bedeutet neue Arbeitsplätze, aber auch neue Anforderungen an die Qualifikationen von Facharbeitern. Gezielte öffentliche und private Investitionen können diese Prozesse beschleunigen. Es geht etwa um die Entwicklung von Wasserstoffmobilität, um Konzepte für Smart Cities, den Ausbau der Bahn oder auch den Kauf von elektrischen Bussen und Fahrzeugen für die Dienstwagenflotte durch den Staat. Und drittens sollte in den Bereich Bildung investiert werden, nicht zuletzt um die Bildungsgerechtigkeit wiederherzustellen und die Lücken zu schließen, die jetzt in der Krise ganz offensichtlich entstanden sind. Kinder aus bildungsfernen Haushalten werden in der Zeit der Schulschließungen einen Nachteil erfahren.

FAQ: Eine besondere Rolle für die aktuelle Wiederbelebung der Wirtschaft und das Ziel der Emissionsneutralität spielt Ihrer Ansicht nach der Strompreis?

GRIMM: Ja, genau. Der hohe Strompreis in Deutschland ist ein großer Hemmschuh: Die Defossilisierung der Sektoren Mobilität und Wärme sowie der Industrie wird über den zunehmend regenerativ erzeugten Strom erfolgen müssen, entweder direkt oder indirekt über grünen Wasserstoff. Diese "Sektorenkopplung" ist aber unattraktiv, solange der Strompreis mit hohen staatlich induzierten Umlagen und Abgaben belastet ist. Eine Reduktion dieser Preisbestandteile macht klimafreundliche Geschäftsmodelle wesentlich attraktiver und entlastet zugleich die Haushalte und viele Unternehmen substantiell. Damit hätte man zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Die im Klimapaket beschlossene Einführung einer CO₂-Bepreisung in allen Sektoren schafft dann noch effektiver Anreize, emissionsneutral zu wirtschaften.

FAQ: Regierung und EU jonglieren mit unglaublichen Summen zur Konjunkturbelebung. Einige fürchten als Folge die Inflation, andere ewig niedrige Zinsen. Bereitet Ihnen als Ökonomin die Verschuldung schlaflose Nächte?

GRIMM: Wir stehen in Deutschland gut da, wir können einiges stemmen. Bauchschmerzen bekäme ich, wenn wir Maßnahmen ohne langfristige Wirkung finanzieren. Vorschläge wie etwa Konsumgutscheine: Deren Wirkung würde schnell verpuffen und nicht den notwendigen Strukturwandel fördern. Die Konjunkturmaßnahmen sollten Wachstumsimpulse setzen, das sichert, dass wir langfristig gut dastehen.

FAQ: Dazu zählt Ihrer Ansicht nach auch die Wasserstofftechnologie, die bisher eher ein Mauerblümchendasein zu führen scheint.

GRIMM: Aber das Blatt hat sich durch politische Entscheidungen gewendet. Im Green Deal der EU-Kommission ist das Ziel formuliert, bis 2050 klimaneutral zu werden. Damit bekommen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe eine immense Bedeutung, denn die komplette Defossilisierung der Wirtschaft ist allein mit strombasierten Konzepten nicht möglich. Insbesondere bei der Schwermobilität, in der Industrie und für die langfristi-

ge Energiespeicherung kommt grüner Wasserstoff ins Spiel. Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sind zudem lagerbar und weltweit transportierbar. Der Handel mit solchen Energieträgern wird großen Einfluss haben auf Energieabhängigkeiten, denn es gibt viel mehr Länder, die perspektivisch grünen Wasserstoff herstellen können, als Länder, die Öl produzieren. Deutsche Unternehmen haben beste Voraussetzungen, zu den weltweit führenden Anbietern von Schlüsselkomponenten einer zukünftigen Wasserstoffwirtschaft zu gehören. Es gibt ein hohes Wertschöpfungspotential für unsere Industrie, im Anlagenbau, in der Automobil- und Zulieferindustrie, in der Chemieindustrie und der Schwerindustrie, das zukünftig auch Arbeitsplätze sichern wird.

FAQ: Haben staatlich gelenkte Volkswirtschaften wie die chinesische einen Vorteil bei der Entwicklung solcher Zukunftstechnologien?

GRIMM: China investiert tatsächlich massiv in diese Bereiche. Japan und Südkorea übrigens auch, dort gibt es auch schon eine Serienproduktion für entsprechende Pkw und Lkw. Die Bundesregierung ist gerade dabei, eine Wasserstoff-Strategie zu entwickeln. Man muss das vorhandene Potential jetzt ambitioniert aktivieren. Nicht nur über verbesserte Rahmenbedingungen, sondern auch über den koordinierten Aufbau der Infrastruktur und eine Koordination der Aktivitäten auf europäischer und nationaler Ebene. Viele kleine Unternehmen und Mittelständler haben interessante Geschäftsmodelle, es braucht effektive Cluster und auch Zentren, um schnell vom Manufakturniveau in die Serienproduktion zu kommen. Und wir brauchen mehr Test- und Zertifizierungskapazitäten, damit neue Produkte zügig zur Marktreife entwickelt werden können.

FAQ: Kann aus der Corona-Krise ein grüner Systemwechsel folgen?

GRIMM: Ja. Großinvestoren legen den Fokus schon länger auf die Nachhaltigkeit. Die Versicherungs- und Finanzwirtschaft etwa nehmen die grundsätzlichen Gefahren und Entwicklungen im Umwelt- und Klimabereich sehr aufmerksam wahr. Bei Investitionsentscheidungen legen sie mittlerweile großen Wert auf die Beachtung der Auswirkungen für Natur und Klima, weil sie die damit verbundenen wirtschaftlichen Risiken vermeiden wollen. Sie geben dabei oft den Druck ihrer Kunden weiter. Wir können die Entwicklungen beschleunigen und so mit dem gezielten Einsatz öffentlicher Gelder auch privates Kapital aktivieren.

FAQ: Wäre nicht genau jetzt die richtige Zeit, über andere Wohlstandsindikatoren zu reden als das ewige Wirtschaftswachstum? In Neuseeland hat Ministerpräsidentin Jacinda Ardern für ihren aktuellen Haushalt ganz andere Ziele definiert: psychische Gesundheit, Bekämpfung von Kinderarmut, Teilhabe von Minderheiten, Klimawandel, digitale Transformation.

GRIMM: Das sind wichtige Anliegen, die mit Blick auf den anstehenden Strukturwandel den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken, als Grundlage unseres Wohlstands. Wenn sich viel ändert, zum Beispiel durch die Digitalisierung, ist es umso wichtiger, jeden und jede mitzunehmen und allen Chancen zu eröffnen. Grundsätzlich glaube ich nicht, dass es so weitergehen wird, dass wir immer mehr produzieren, immer mehr konsumieren und immer mehr wegwerfen werden. Aber es kommt darauf an, wie man Wachstum definiert. Auch der Aufbau von Kreislaufwirtschaften kann Wertschöpfung und damit

Einkommen und Arbeitsplätze schaffen - das Prinzip unseres Wirtschaftens werden wir dabei nicht verabschieden. Die Art aber, wie wir produzieren und konsumieren, wird sich stark ändern.

FAQ: Sie sind eine von zwei Frauen im Sachverständigenrat, so viele gab es in dem fünfköpfigen Gremium noch nie, die Bundesregierung ist damit ihren eigenen Vorgaben gefolgt. In keinem Dax-Unternehmen gibt es eine Vorstandsvorsitzende, die erste Frau, die es kürzlich zur Ko-Vorsitzenden geschafft hatte, Jennifer Morgan bei SAP, musste ihren Posten schon wieder räumen. Braucht es eine Frauenquote für Spitzenpositionen in der Wirtschaft?

GRIMM: Ja. In unserer Gesellschaft gibt es noch viele Mechanismen, die dafür sorgen, dass Frauen weniger sichtbar sind. In der Karrierephase, in der man sich sichtbar machen muss, steht oft die Familiengründung an, das beeinträchtigt den Handlungsspielraum von Frauen stärker als den von Männern. Außerdem werden Frauen, die stark auf sich aufmerksam machen und vehement auftreten, anders wahrgenommen als ihre männlichen Kollegen. Sie werden schnell mit negativen Attributen belegt, während ein Mann mit ähnlichem Auftreten als überzeugend und führungsstarkes Alphanoter gilt. Dazu kommt ein Selektionsbias, der Männer dazu verleitet, sich eher mit Männern zu umgeben. Eine Quote würde einfach die Beteiligung guter, fähiger und ideenreicher Entscheidungsträgerinnen erhöhen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Wie sich Unsinn im Netz verbreitet



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.07.2020

Im Internet der Corona-Krise wuchern Verschwörungstheorien wie wild. Das kann hohe volkswirtschaftliche Kosten verursachen.

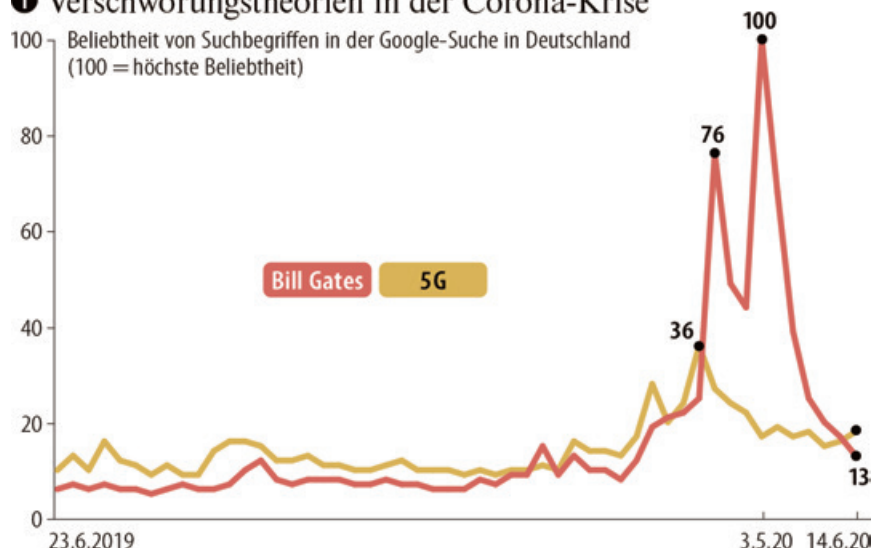
Von Gustav Theile

Bill Gates ist schon sehr lange ein bekannter Mann: Der Microsoft-Gründer galt über Jahre hinweg als reichster Mensch der Welt. Zwischendurch wurde es ruhiger um ihn, weil er sich für wohltätige Zwecke engagierte und man mit Spenden weniger Schlagzeilen

macht als mit besonders großem Wohlstand. Doch in den vergangenen Monaten stand Gates wieder verstärkt im Rampenlicht: Einerseits warnte er schon im Jahr 2015 in einer Rede, die sich auf Youtube 30 Millionen Menschen ansahen, dass die Welt nicht auf eine neue Pandemie vorbereitet sei. Andererseits kursieren die kuriosesten Verschwörungstheorien über Gates: Er wolle Menschen mit Hilfe von Impfungen Mikrochips implantieren und so die Menschheit kontrollieren, heißt es etwa in vielen Online-Foren.

1 Verschwörungstheorien in der Corona-Krise

Beliebtheit von Suchbegriffen in der Google-Suche in Deutschland (100 = höchste Beliebtheit)



Dass es sich bei diesen Thesen nicht um ein Nischenphänomen handelt, zeigen Umfragen immer wieder. Laut einer Yougov-Befragung glauben 44 Prozent der Republikaner in Amerika an die Gates-Mikrochip-Verschwörung. Jeder zweite Brite neigt einer Studie der Universität Oxford zufolge zu Verschwörungstheorien. Doch nicht nur Umfragen, die schließlich die Schwäche haben, dass die Angaben der Befragten von allerlei Verzerrungen betroffen sein können, legen nahe, dass sich die kruden Thesen in den vergangenen Monaten stark verbreitet haben. Eindrücklich zeigen das die Google-Trends, die einen Einblick in das Suchverhalten der Menschen bieten. Google veröffentlicht zwar keine absoluten Zahlen, aber doch relative. Und so zeigt sich: Global war das Interesse an Bill Gates im April dieses Jahres mehr als doppelt so hoch wie am bisherigen Maximum, dem Juni 2006. Besonders in vielen afrikanischen Ländern wie Uganda und Ghana scheint die Theorie zu verfangen, dort war das Suchaufkommen am größten. **(1)** Auch in Deutschland hat sich das Interesse an Bill Gates im Verlauf der Corona-Krise versechsfacht.

Hierzulande scheint der Glaube an die Gates-Verschwörung dabei mehr Anhänger zu haben als die Angst vor dem neuen Mobilfunkstandard 5G: Diese weitere Beliebte, wenn auch abwegige These besagt, dass die 5G-Technologie den Ausbruch von Corona begünstigt oder überhaupt erst ausgelöst hat. Auch die Suchanfragen danach schossen im April und Mai in die Höhe, insgesamt wurde jedoch nur etwa halb so oft nach 5G gegoogelt wie nach Bill Gates. Warum sich Verschwörungen, die angeblich streng geheim sind, durch einfaches Googeln enttarnen lassen sollten, ist freilich nicht geklärt.

Die amerikanischen Tech-Plattformen gehen seit der Corona-Krise deutlich stärker gegen Falschnachrichten vor. In den Google-Suchen und auf Youtube erscheinen Warnhinweise, Informationen von Behörden und etablierten Nachrichtenseiten werden prominent plziert, Facebook hat ein Informationszentrum eingerichtet. Die Digitalkonzerne argumentieren dabei, dass sie ihre Nutzer so vor direkten gesundheitlichen Gefahren schützen - deshalb würden sie offensiver regulieren als in normalen Wahlkampfzeiten. Gleichzeitig schütten die Tech-Kon-

zerne aber auch eine Menge Geld an die Verbreiter von Verschwörungstheorien aus: 25 Millionen Dollar werden die Betreiber von entsprechenden Websites in diesem Jahr dank Google, Amazon und anderen an Werbeeinnahmen erhalten, rechnet eine Forschergruppe aus Großbritannien im Global Disinformation Index vor.

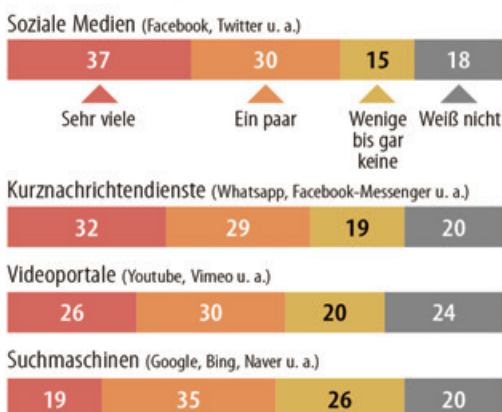
Wirklich erfolgreich scheinen die Maßnahmen der Konzerne gegen Falschinformationen zudem nicht zu sein. In einer Umfrage des Reuters-Instituts gaben im April zwei Drittel der Menschen an, in den sozialen Medien in der Woche zuvor mindestens ein paar "falsche oder irreführende Informationen über das Coronavirus" gesehen zu haben. **(2)** Nur 15 Prozent sagten, sie hätten "wenig bis gar keine" Falschinformationen dort gesehen. Auf Videoportalen wie Youtube und Chatdiensten wie Whatsapp sahen drei von fünf Befragten solche Desinformationen, auf Suchmaschinen wie Google war es immer noch fast jeder zweite Befragte.

Falschinformationen können auch hohe volkswirtschaftliche Kosten zur Folge haben. Forscher der Universität in Baltimore kommen in einem Bericht für das Cyber-Sicherheitsunternehmen Cheq auf globale Kosten von 78 Milliarden Euro im Jahr. Dort wurden beispielsweise Auswirkungen auf Börsenkurse und Reputationsverluste eingerechnet, Gesundheitskosten dagegen nicht. Wie teuer jedoch die Angst vor Impfungen werden kann, zeigt eine Untersuchung, die in der führenden Fachzeitschrift "Health Affairs" veröffentlicht wurde: Demnach haben die Impfbemühungen der Gates-Stiftung von 2011 bis ins laufende Jahr Produktivitätsverluste von bis zu 145 Milliarden Dollar verhindert.

Gleichzeitig machen andere die Verschwörungstheorien zum Geschäftsmodell. In Deutschland hat sich etwa das Portal Ken-FM, das seit Jahren krude Thesen verbreitet, **(3)** im Verlauf der Corona-Krise zu einer der umsatzstärksten Nachrichtenapps des Landes entwickelt. Das blieb auch nach dem Abflauen der akuten Krise so: Vergangene Woche rangierte Ken-FM in Googles "Play" genanntem App-Store immer noch auf Rang 10. Etablierte Medien sahen in der Corona-Krise allerdings ebenso ein deutlich gewachsenes Informations-

2 Irreführende Informationen in der vergangenen Woche

Wieviele falsche oder irreführende Informationen über das Coronavirus haben Sie in der vergangenen Woche in folgenden Medien gesehen? (in Prozent)¹⁾



1) Basis: 8522 Befragte in den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Deutschland, Spanien, Argentinien, Südkorea im April 2020.

3 Die umsatzstärksten Nachrichten-Apps

Rangliste im deutschen Google Play Store, beispielhaft Stand 10. Juni



bedürfnis der Bevölkerung. Das ist häufig in Krisensituati-
onen so, die Einschaltquoten von Nachrichtensendungen
und die Klickzahlen der Websites von Zeitungen stiegen
rasant. Die WHO hat das, in Anlehnung an die Pandemie,
als "Infodemie", "ein Überangebot an Informationen, ei-
nige davon richtig, andere nicht", bezeichnet. Dass darin
auch eine Chance für seriöse Berichterstattung liegt, zeigt

beispielsweise eine Umfrage der PR-Agentur Edelman.
(4) Demnach hat das Vertrauen in klassische Medien von
Januar bis Mai 2020 um fast 10 Prozentpunkte zugelegt

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am
Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie
auf www.faz-rechte.de

4 Die Glaubwürdigkeit der Medien

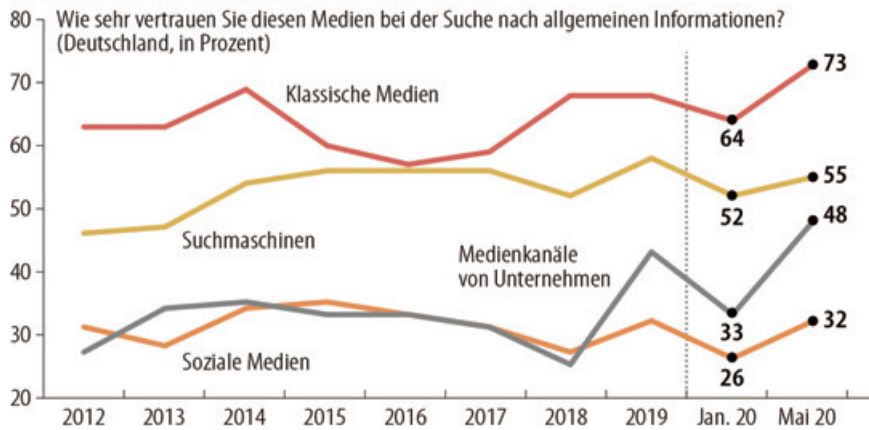


Illustration Jens Giesel/F.A.Z.-Grafik Stefan Walter

Corona wird zur liebsten Ausrede

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 12.07.2020

Geschlossene Filialen, lange Wartezeiten, schlechter Service: Corona muss mittlerweile für jedes Versäumnis herhalten.

Von Corinna Budras

Zeiten der Krise sind immer Zeiten der Ausrede. Auch in dieser Hinsicht hat die Corona-Pandemie ganz besondere Ausmaße angenommen. Natürlich: Corona hat der Welt den schlimmsten Wirtschaftseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg beschert, die stärksten Eingriffe in die Freiheitsrechte. All das hatte seine Berechtigung, weil das Virus mit dem Namen "Sars-CoV-2" ganz besonders tückisch ist. Aber jetzt, da sich zumindest in Deutschland der Staub etwas gelegt hat, darf man sich schon einmal darüber wundern, bei welchen Gelegenheiten Corona noch als Begründung herhalten muss:

"Corona" in Dauerschleife hört der Hotelgast an der Rezeption, wenn die Empfangsdame freundlich darauf hinweist, dass das Zimmer jetzt nur noch alle zwei Tage gereinigt wird, ohne dass sich am Preis etwas ändert. "Corona" liest der Bankkunde, der im Internet nach der nächstgelegenen Filiale sucht und ein ums andere Mal den Hinweis findet: Vorübergehend geschlossen. "Corona" tönt die Autowerkstatt, wenn sie in den nächsten drei Wochen keinen freien Termin mehr hat wegen der Kurzarbeit. "Corona" nennt das marode Unternehmen mit dem überholten Geschäftsmodell als Grund, warum es staatliche Hilfen beantragt. "Corona" sagt der Mitarbeiter, der sich schon seit Monaten nicht mehr im Büro blicken lässt und auch nicht gedenkt, daran etwas zu ändern. Und "Corona" hören die Bürger, die wochenlang auf einen Termin im Bürgeramt warten. Nicht in Berlin, dort wäre das nicht der Rede wert, sondern überall zwischen Lünen und Lindau.

Natürlich darf auch die Lufthansa in dieser Aufzählung nicht fehlen. Sie sorgte für viel Verdross, weil die Kunden mit ihrem Wunsch nach Ticket-Erstattung wochenlang nicht zu ihr durchdrangen. Sie wissen schon - wegen "Corona".

Die Beispiele mögen manchem als Petitesse erscheinen, immerhin geht es darum, eine weltweite Pandemie

zu bekämpfen, deren gesundheitliche Auswirkungen Millionen Menschen treffen. Aber die Anekdoten weisen womöglich auf ein strukturelles Problem. Mängel, deren Gründe nicht klar benannt werden, setzen sich fest.

Da lohnt es sich, die schleichende Verbreitung der Corona-Dauerschleife einmal genauer zu analysieren. Doch das ist leichter gesagt als getan: Wer sich unter Verbraucherschützern umhört, unter Gewerkschaftern und Managern, unter Wirtschafts- und Arbeitsforschern, stellt fest: Das Problem ist da, aber weitgehend konturlos.

Studien, Umfragen, wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse gibt es nicht, nur ein dumpfes Gefühl, dass inzwischen vielleicht zu häufig die Corona-Keule geschwungen wird, um Versäumnisse zu kaschieren. Es ist nicht einmal einfach, sich dem Problem nüchtern zu nähern. Der berechtigte Hinweis, hier gehe es um Leben und Gesundheit, schwebt über allem. Natürlich tut es das ganz generell, aber ist dies auch der Fall in dem Hotel, das die Betten nicht macht, weil es - angeblich - das Personal schützen möchte?

Sabine Herold, geschäftsführende Gesellschafterin des Industrieklebstoff-Herstellers Delo aus Windach in der Nähe des Ammersees, ist ein Quell klarer Botschaften. Sie findet Regeln schlimm, die nicht mehr nachvollziehbar sind, und davon gibt es derzeit einige. Die Pflicht zum Mundschutz in einer absolut leeren Kantine ist so ein Beispiel. Ebenso schlimm findet sie Menschen, die sich nicht an die Regeln halten, die nachvollziehbar sind, die etwa am Joghurtregal im Supermarkt zu dicht aufrücken. Und energisch kritisiert sie, manche Unternehmen hätten es sich inzwischen in der "Corona-Hängematte" gemütlich gemacht.

Natürlich sei auch sie anfangs nervös gewesen, berichtet sie im Rückblick auf die turbulente Zeit im März. Ihre größte Sorge war damals: Was passiert, wenn uns die Behörden in den kompletten Lockdown schicken? Ein ganzer Betrieb im Homeoffice, das wollte sie unbedingt verhindern. Gemeinsam mit ihrem Team hat sie deshalb Tag und Nacht gearbeitet, um Wege zu finden, wie Mitarbeiter Abstands- und Hygieneregeln wahren können. "Tendenziell hysterisch waren bei uns zu Beginn der

Corona-Zeit junge, männliche, promovierte Akademiker mit Einzelbüro", gibt sie unumwunden zu. Das habe sich inzwischen allerdings gelegt.

Besonders stört sie, wie die Kurzarbeit derzeit um sich greift. Nicht etwa, weil sie das Kriseninstrument grundsätzlich ablehnt: "Kurzarbeitergeld ist ein hervorragendes Mittel, wenn kurzfristig überbrückt werden muss. Davon bin ich ein absoluter Fan", sagt die Managerin des typischen familiengeführten Mittelständlers. "Aber mein Eindruck ist schon, dass auch viele schwächelnde Firmen Kurzarbeitergeld beantragen, die das dringend benötigen - aber nicht wegen Corona." Zu diesem Thema fallen ihr ganze Branchen mit überholtem Geschäftsmodell ein, die Automobil- und die Flugindustrie nennt sie gleich vorneweg. Sie sagt: "Corona bremst die Innovationen aus, weil der Wandel in einigen Branchen aufgeschoben wird. Und jeder Tag macht die Sache teurer."

Die Litanei von überholten Geschäftsmodellen dürfte Stefan Wittmann vertraut vorkommen. Er ist bei der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi für die Bankenbranche zuständig, er sitzt im Aufsichtsrat der Commerzbank, das Finanzinstitut kennt er in- und auswendig. Als Mitte März alle Filialen geschlossen wurden, hatte er noch viel Verständnis für den Schritt, schließlich wurde fast das gesamte öffentliche Leben in Deutschland zurückgefahren.

Erst als im Mai die Geschäfte nach und nach wieder öffneten und die meisten Commerzbank-Filialen immer noch geschlossen blieben, wurde er argwöhnisch. Für ihn ist inzwischen klar: Hier werde die Sorge um die Corona-Pandemie ausgenutzt, um diskret mögliche Folgen der Filialschließungen großflächig auszutesten: Wandern reihenweise Kunden ab? Bricht der Umsatz ein?

Sollten die Kunden wandern wollen, wüssten sie womöglich nicht wohin, denn die Vorzüge der klandestinen Neuausrichtung im Corona-Schutzraum scheinen auch andere Banken für sich entdeckt zu haben. Wittmann fällt jedenfalls kein einziges Finanzinstitut ein, das jetzt offensiv am bestehenden Filialnetz festhalten würde. Stattdessen überall das gleiche Bild: Etliche Filialen haben seit dem Lockdown Mitte März allenfalls für das Reinigungspersonal ihre Pforten geöffnet.

Die Mitarbeiter, so beschreibt es Wittmann, nehmen das teils sorgenvoll, teils gelassen zur Kenntnis: sorgenvoll diejenigen, die womöglich völlig zu Recht um ihren Arbeitsplatz fürchten. Gelassen bleiben diejenigen, die froh sind, dass sie endlich einmal in Ruhe ihre Arbeit erledigen können - unbehelligt von der Laufkundschaft. Lautstark protestieren könnten sie jedenfalls nur dann, wenn flächendeckende Schließungen und ein damit verbundener Arbeitsplatzverlust auch tatsächlich verkündet sind. Davon kann noch keine Rede sein.

Nicht nur Unternehmen, auch Arbeitnehmer verschanzten sich mitunter hinter der Dauerausrede Corona. Was früher undenkbar schien, kommt derzeit gar nicht so selten vor: Mitarbeiter, die sich monatelang nicht im Unternehmen blicken lassen, selbst wenn sie keine ausgewiesenen Risikopatienten sind oder als Alleinerziehende Kinder betreuen müssen. Gründe gibt es viele, auch viele nachvollziehbare (lange Anfahrtswege, nervige Vorgesetzte), nur haben sie wenig mit Corona zu tun. So viel Wunsch nach Eigenständigkeit wäre für Arbeitgeber normalerweise Anlass herauszufinden, woran es liegt. Doch

das Virus würgt auch hier viele notwendige Rückfragen ab.

Komplett autonom von zu Hause aus zu arbeiten habe jedenfalls viele Nachteile, warnt Josephine Hofmann, Teamleiterin beim Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation, die gerade eine Studie über das Homeoffice in Zeiten von Corona veröffentlicht hat. Grundsätzlich sei es sehr positiv, wie flächendeckend und problemlos Unternehmen das mobile Arbeiten eingeführt hätten, selbst für so sensible Bereiche wie Mitarbeitergespräche, findet Hofmann. Ein guter Mix zwischen Betrieb und Homeoffice sei deshalb der beste Weg, zum Beispiel zwei Tage Büro, drei Tage mobil. Aber dauerhaft allein im Homeoffice? Das hält Hofmann für keine gute Idee. Alle Mitarbeiter ausschließlich im Homeoffice einzubinden gelinge nur extrem gut vernetzten Unternehmen, sagt sie. "Das ist die hohe Kunst." Ansonsten bestehe die Gefahr, dass Mitarbeiter einfach vergessen würden.

So viel zu den Schattenseiten. Doch den neuen Corona-Schlager in Dauerschleife gibt es auch in der spiegelbildlichen Variante des übertriebenen (Eigen-)Lobs. Da tönen in diesen Zeiten schon die Fanfaren, wenn Unternehmen das Mögliche möglich machen. Auch das gibt es im Großen und im Kleinen. Da ist der Teppichhändler im Frankfurter Gallusviertel, der sich vorschriftsgemäß hinter einem gigantischen gläsernen Nies- und Spuckschutz verbarrikadiert, dessen Finger flink über die Tasten seines Taschenrechners huschen. Der runzelt erst sorgenvoll die Stirn, als er hört, dass gleich drei (drei!) unterschiedliche Teppichfliesen-Varianten geliefert werden sollen. Nach einem kurzen Telefonat mit dem Hersteller säuselt er bedeutungsschwanger: "Sie sind ein richtiger Glückspilz. Alle drei Farben auf Lager - und das trotz Corona", sagt er triumphierend und seufzt: "Sie ahnen ja gar nicht, was die vergangenen Monate hier losgewesen ist." Die Schwärmerei verfehlt ihre Wirkung nicht: Da ist man so beseelt, dass man ganz vergisst, auf der Mehrwertsteuer-Senkung zu bestehen.

Andere suchen die größere Bühne, die Botschaft ist die gleiche: Schon toll, was sich - trotz Corona - alles erreichen lässt! Durch die Pandemie wird selbst Arbeit gealdelt, für die sich viele zu schade sind, auch wegen der Arbeitsbedingungen. "Mit 550 000 Mitarbeitern in allen Ländern der Welt und unserem unvergleichlichen, weltumspannenden Logistiknetzwerk leisten wir einen elementaren Beitrag zur Krisenbewältigung", schwärmte jüngst der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post, Frank Appel, bei der Vorstellung der jüngsten Quartalszahlen - als wäre das Unternehmen neuerdings mit der Bundeswehr in Kriegsgebieten unterwegs.

"Wir transportieren Schutzausrüstung und Medikamente, sichern Lieferketten für die Industrie und helfen bei der Versorgung der Bevölkerung." Immerhin bleibt es nicht bei den warmen Worten für die so Gelobten: Jeder Post-Mitarbeiter bekommt einen Bonus von 300 Euro, verspricht das Unternehmen.

Und natürlich ist auch hier etwas dran: Der Logistikdienstleister hatte um Ostern so viel Geschäft wie sonst nur in der Vorweihnachtszeit - mit Abstands- und Hygieneregeln, ohne darauf vorbereitet zu sein. Bis zu neun Millionen Paketsendungen musste die Post an manchen Tagen bewältigen.

Das muss man erst einmal schaffen. Dass es gerade

anfangs zu deutlichen Verzögerungen in der Zustellung kam - geschenkt. Schwieriger zu ertragen sind die branchenübergreifenden Selbstbeweihräucherungen, die nun standardmäßig in jede Firmenpräsentation gehören. Auch Amazon, sonst bisher nicht bekannt als herzenguter Arbeitgeber, hält damit in Corona-Zeiten nicht hinter dem Berg.

Inzwischen ist man froh über jeden Skandal ohne Corona-Bezug. Wirecard ist in diesem Zusammenhang ausnahmsweise lobend zu erwähnen: Da geht es drunter und drüber - Chaos in den Bilanzen, Manager auf Tauchstation -, aber wenigstens versucht niemand, die Pandemie dafür verantwortlich zu machen. Das hat Wirecard ganz allein geschafft.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Corona schlägt voll ins Kontor



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.07.2020

Amerikas Großbanken müssen Milliarden für faule Kredite zurücklegen. Einige Geschäfte laufen allerdings glänzend. Was heißt das für die deutschen Banken?

Von Tim Kanning

Die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen zeigen erste tiefe Spuren in den Geschäftszahlen der amerikanischen Großbanken. JP Morgan, die größte Bank der Vereinigten Staaten, musste im zweiten Quartal einen kräftigen Gewinneinbruch hinnehmen. Nachdem sie im Vorjahr zwischen April und Juni noch knapp zehn Milliarden Dollar verdient hatte, blieb in diesem Jahr mit 4,7 Milliarden Dollar (4,1 Milliarden Euro) nicht einmal die Hälfte davon unterm Strich, wie die Bank am Dienstag mitteilte. Bei der Citigroup sackte der Quartalsüberschuss sogar um 73 Prozent auf noch 1,3 Milliarden Dollar ab. Die in San Francisco beheimatete Großbank Wells Fargo musste mit einem Minus von 2,4 Milliarden Dollar sogar den ersten Quartalsverlust seit der Finanzkrise 2008 vermelden.

Vor allem hohe Rückstellungen für mögliche Kreditausfälle, aber auch geringere Einnahmen wegen der abgesenkten Leitzinsen in Amerika verhegerten den Banken die Ergebnisse. Hintergrund sind die durch die Corona-Krise rasch angestiegenen Arbeitslosenzahlen und die zunehmende Zahl an Firmeninsolvenzen. Um ganze 8,9 Milliarden auf nun 10,5 Milliarden Dollar hat allein JP Morgan seine Rückstellungen für faule Kredite erhöht. Die Citigroup legte mit 7,9 Milliarden Dollar viermal so viel Geld für Kreditrisiken zurück wie im Vorjahreszeitraum.

"Trotz zuletzt einiger positiver Konjunkturdaten und entschlossener Maßnahmen der Regierung herrscht nach wie vor große Unsicherheit über die wirtschaftlichen Aussichten", warnte der jahrelang erfolgsverwöhnte Vorstandsvorsitzende von JP Morgan, Jamie Dimon.

Sowohl Dimons Bank als auch die Citigroup konnten die Probleme im Kreditgeschäft allerdings mit sprudelnden Einnahmen in Teilen des Investmentbankings abfedern. Nach Angaben von Dimon hat JP Morgan in den vergangenen drei Monaten so viel Umsatz gemacht wie nie zuvor. Im Geschäft mit festverzinslichen Papieren verdoppelte die Bank die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Aber auch im Aktienhandel verbuchte sie hohe Zuwächse.

Dass es am Anleihemarkt offensichtlich nach wie vor rund läuft, sind gute Nachrichten für die Deutsche Bank, die im internationalen Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen traditionell einer der wichtigsten Spieler ist.

Der Vorstandsvorsitzende Christian Sewing hatte erst vor wenigen Tagen angedeutet, dass auch in seinem Haus das Handelsgeschäft nach wie vor lebhaft bleibe. Die Aktien der Deutschen Bank gehörten am Dienstag denn auch mit einem Kursplus von bis zu 1,8 Prozent zu den größten Gewinnern im ansonsten schwächelnden Dax. Sewing präsentiert die Zahlen für das zweite Vierteljahr am 29. Juli.

Schon im ersten Quartal hatte die Deutsche Bank von guten Ergebnissen im Handelsgeschäft profitiert. Spannend bleibt nun, wie stark die Corona-Lasten auf die Kreditbücher der deutschen Banken drücken werden. Bislang hat die Deutsche Bank, verglichen mit ihren amerikanischen Wettbewerbern, geringe Rücklagen gebildet. Sie verweist darauf, dass ein großer Teil ihrer Kredite in der Regel gut besicherte Immobilienfinanzierungen sind und nur ein kleiner Teil an derzeit besonders stark betroffene Branchen wie den Tourismus und an Ölkonzerne ausgereicht wurde. Hinzu kommt, dass die Hunderte Milliarden schweren Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung bislang eine Insolvenzwelle und allzu hohe Arbeitslosenzahlen verhindern.

Dass dennoch auch viele deutsche Bankkunden durch die Pandemie in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind, zeigen die hohen Zahlen von Kreditstundungen. Die Bundesregierung hatte im März rasch ein Gesetz zur Abmilderung der Corona-Folgen erlassen, das Kreditnehmern erlaubt, vorübergehend ihre Darlehen nicht mehr zu bedienen.

Allein bei der Deutschen Bank und der Postbank haben solche Stundungen 70 000 Kunden beantragt, wie der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Karl von Rohr gerade im Gespräch mit der F.A.Z. gesagt hat. Die Sparkassen müssen aktuell insgesamt bei 189 000 Krediten auf Tilgungen und Zinszahlungen verzichten, die Commerzbank bei 33 000 und die auf Konsumentenkredite spezialisierte Targobank bei 47 000.

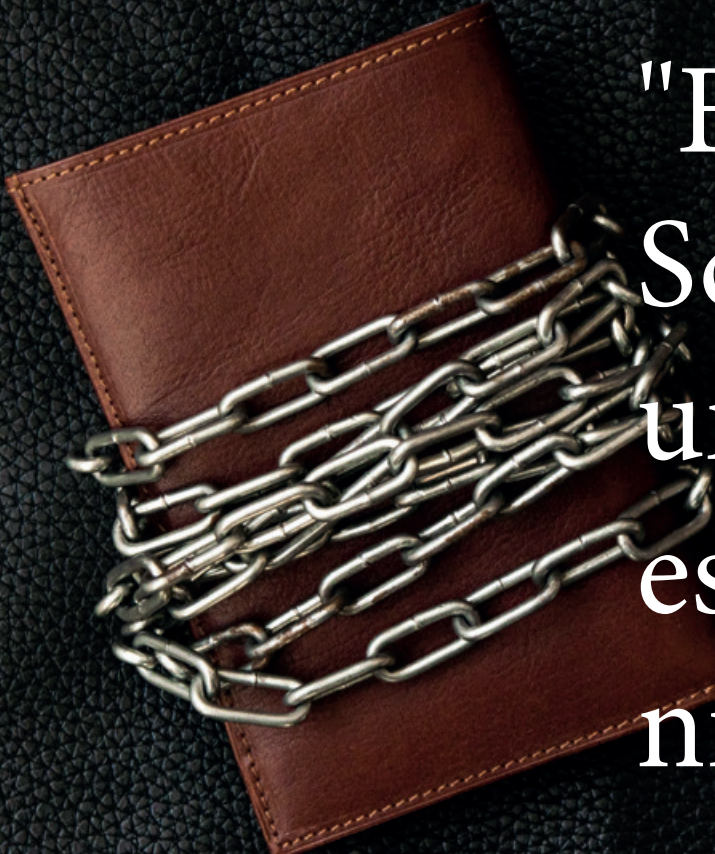
Die Warnungen vor einer neuen Bankenkrise in Europa nehmen daher zu. Gerade erst hat die Ratingagentur Standard & Poor's für Westeuropa in den Jahren 2020

und 2021 Kreditverluste von insgesamt 228 Milliarden Dollar prognostiziert, nach 54 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr. Auch die Aufsichtsbehörden warnen schon seit einigen Monaten vor einem deutlichen Anstieg fauler Kredite.

Die Geschäftszahlen, mit denen die drei amerikanischen Großbanken am Dienstag den Reigen der Quartalsberichterstattung eröffneten, zeigen deutlich, wie hilfreich in diesen Zeiten ein diversifiziertes Geschäftsmodell ist. Während JP Morgan und Citigroup ihre hohen Kreditrückstellungen mit den guten Ergebnissen im Handelsgeschäft abfedern konnten, fehlt Wells Fargo dieser Ausgleich. Hier brachen die Erträge um mehr als 17 Prozent auf 17,8 Milliarden Dollar ein. Die Bank ist ohnehin noch von einem Skandal um fingierte Konten gebeutelt und musste nun eine Kürzung ihrer Dividende ankündigen. Der Aktienkurs brach kurz nach Bekanntgabe der Zahlen um 8 Prozent ein.

Die anderen beiden Großbanken konnten trotz der Gewinneinbrüche die zuvor niedrigen Erwartungen der Analysten übertreffen. Angesichts der erfreulichen Ertragssteigerungen stiegen auch die Aktienkurse von JP Morgan und Citi. Auch dass JP-Morgan-Chef Dimon versicherte, dass die Bank weiter Dividenden zahlen werde, wenn sich die Wirtschaft nicht noch deutlicher eintrübe, dürfte dazu beigetragen haben. Hier liegt ein Vorteil der amerikanischen Banken. Die europäischen Häuser dürfen auf Druck der Bankenaufsicht erst einmal nichts mehr an ihre Aktionäre ausschütten.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



"Eine Schulden- union wird es mit uns nicht geben"

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 12.07.2020

Vor dem EU-Gipfel zu den Corona-Hilfen stellt Österreichs Kanzler Sebastian Kurz Bedingungen: Europa soll in Digitalisierung, Klimaschutz, Reformen investieren - und einen CO2-Zoll einführen.

Das Gespräch führten Ralph Bollmann, Stephan Löwenstein und Andreas Mihm.

Herr Bundeskanzler, gerade hat Deutschland den Ratsvorsitz in der Europäischen Union übernommen. Was sind Ihre Erwartungen?

Es ist gut, dass in dieser sehr fordernden Phase ein starkes Land wie Deutschland diese Funktion innehat, mit einer erfahrenen Regierungschefin wie Angela Merkel an der Spitze. Sie hat sich anlässlich des Ratsvorsitzes unlängst bei mir gemeldet, und wir haben ein ausführliches Telefonat geführt. Mir ist wichtig, dass wir als Europäische Union nicht nur gut durch die Gesundheitskrise kommen, sondern auch langfristig an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Da waren wir schon vor der Pandemie in vielen Bereichen nicht gut aufgestellt, und wir müssen jetzt alles tun, um nicht noch weiter zurückzufallen.

Die deutsche Kanzlerin will auf dem EU-Gipfel nächste Woche ein Aufbauprogramm beschließen, für das die Europäische Union erstmals eigene Schulden aufnimmt. Als Wortführer einer Gruppe der "sparsamen Vier" haben Sie dagegen protestiert. Fürchten Sie, dass Angela Merkel ihre Kanzlerschaft mit der Einführung einer europäischen Solidarunion krönen will?

Einen Einstieg in eine Schuldenunion wird es mit uns nicht geben. Aber selbstverständlich müssen wir in dieser außergewöhnlichen Krise den besonders betroffenen Staaten helfen, die teilweise schlecht durch diese Gesundheits- und Wirtschaftskrise kommen. Wie diese Hilfe aussehen soll, darüber wird im Detail verhandelt. Ich bin optimistisch, dass wir uns letztlich einigen werden.

Die Brüsseler Kommission hat die Wirtschaftsprognose für dieses Jahr noch einmal deutlich reduziert. Reicht das geplante 750-Milliarden-Euro-Paket überhaupt aus?

Wir sollten uns nicht mit immer höheren Zahlen überbieten, sondern sicherstellen, dass die Hilfen richtig investiert werden. Geld an sich ist nicht so sehr das Problem. Auch die besonders betroffenen Länder können sich an den Kapitalmärkten zu guten Konditionen finanzieren. Italien zahlt für seine Staatsanleihen nicht einmal anderthalb Prozent Zinsen, halb so viel wie Österreich in der Zeit der Finanzkrise. Zudem gibt es immer noch den Euro-Rettungsfonds ESM, der bei weitem nicht ausgeschöpft ist. Deshalb sollten wir beim Aufbaufonds nicht mit unfassbar großen Zahlen hantieren, sondern überlegen: Wohin soll das Geld fließen, wofür soll es investiert und kann es absorbiert werden? Das ist relevanter als die Höhe der Summe.

Ist es auch nicht mehr so wichtig, ob es Zuschüsse sind oder Kredite?

Das bleibt für uns ein sehr wichtiges Thema. Wir stehen für das Prinzip "loans for loans" - dass also Geld, das

die EU als Kredit aufnimmt, vorrangig als Kredit weitergereicht werden sollte. Ich bin dafür, dass es insgesamt eine Balance zwischen Krediten und Zuschüssen gibt und dass die Zuschüsse nicht ins Unermessliche steigen. Sie dürfen nicht vergessen, dass der reguläre EU-Haushalt mit seinen mehr als tausend Milliarden Euro bereits ein Paket allein mit Zuschüssen ist.

Wofür sind Sie bereit zu zahlen?

Für Ökologisierung, Digitalisierung und die Unterstützung von Reformen. Wenn das Geld nicht für Reformen ausgegeben wird, sondern für Urlaubsgutscheine . . .

. . . in Wien ließ der Bürgermeister Schnitzelgutscheine verteilen . . .

. . . oder für die Erhöhung eines bedingungslosen Grundeinkommens ausgegeben werden sollte, dann hilft das nicht bei einer nachhaltigen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Vergabe der Hilfgelder muss an Bedingungen gekoppelt werden. Konditionalität ist nötig, damit das Geld nicht bloß zum Stopfen von Haushaltslöchern dient.

Wer soll das kontrollieren? Kommt eine neue Troika, wie bei den Finanzhilfen für Griechenland?

In Strukturfragen sind wir alles andere als orthodox. Wir sind offen für jede sinnvolle Lösung, sofern sie schlank, effizient und unbürokratisch ist.

Und wo sind Sie orthodox?

Eben bei der Frage, wofür das Geld verwendet wird. Wir haben in den vergangenen Jahren erlebt, dass wir von den Vereinigten Staaten und von asiatischen Ländern wie China überholt wurden, dass der Großteil der technologischen Innovationen nicht mehr aus Europa kam. Vor uns auf dem Tisch liegen drei Handys, keines davon aus der EU. Genauso ist es im Internet, von den Suchmaschinen bis zu den sozialen Netzwerken. Da haben wir gewaltigen Aufholbedarf, dorthin muss das Geld fließen.

Wollen Sie etwa mit Staatsgeld eine europäische Suchmaschine aufbauen?

Ich bin Fan einer freien Wirtschaft und glaube nicht an den Erfolg des lenkenden Staates. Aber wenn wir schon sehr viel staatliches Geld in die Hand nehmen, dann sollte es zumindest in die richtigen Bereiche fließen. Allen voran in mehr Forschung und Entwicklung für eine gute digitale Infrastruktur, auch in den technologischen Wandel, der für einen besseren Klimaschutz nötig ist.

Welche Länder sollten am meisten Geld bekommen?

Nach dem Brüsseler Entwurf würden Italien, Spanien oder Polen am stärksten profitieren. Wir haben in der EU aber deutlich ärmere Länder. Mein Gerechtigkeitsempfinden sagt mir: Wenn wir in der EU so viel Geld in die Hand nehmen, dann sollte es vor allem an die Ärmsten der Armen fließen. Wenn man die Arbeitslosigkeit der Jahre von 2015 an zum Kriterium macht, wie derzeit vorgeschlagen, dann hat das mit den Herausforderungen der Corona-Situation nichts zu tun.

Ihr Kriterium ist das Hochschnellen der Arbeitslosigkeit in der Krise?

Zum Beispiel. Wenn das Hilfsprogramm eine Reaktion auf Corona sein soll, dann muss man es am Einbruch der Wirtschaftsleistung durch die Pandemie festmachen.

Zu Ihren Verbündeten in Sachen Sparpolitik gehört auch Schweden, das so schlecht mit dem Virus klar kommt wie kein anderes EU-Mitglied. Zählt das Land dann auch zu den Ärmsten der Armen, oder sind die Probleme dort selbst verschuldet?

Dazu kann ich nur sagen: Österreich hat einen anderen Weg gewählt. Wir waren eines der ersten Länder, das einen vollständigen Lockdown verhängt hat. Nur weil wir früh reagiert haben, konnten wir das Schlimmste verhindern. Dadurch konnten wir unsere Wirtschaft wieder vollständig öffnen, schneller als alle anderen Länder.

Italien ist Ihr zweitwichtigster Handelspartner. Müssten Sie nicht schon deshalb interessiert sein, die dortige Wirtschaft wieder anzukurbeln?

Selbstverständlich sind wir an einer positiven Entwicklung in unserem Nachbarland interessiert. Aber Nachbarn kennen sich eben auch besonders gut. In Italien haben schon einige EU-Förderprogramme nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Das Land hat nach wie vor mit viel Schattenwirtschaft zu kämpfen, und es hat von den Pensionen bis zum Arbeitsmarkt Systeme, die nicht wettbewerbsfähig sind. Wenn wir 750 Milliarden Euro ausgeben sollen, müssen wir schon fragen: Wer soll's bezahlen, wer soll's bekommen, und wofür soll's ausgegeben werden? Alles andere wäre fahrlässig.

Italien ist Nettozahler in der EU, es hat in der Euro-Krise keine Hilfen in Anspruch genommen und Garantien für andere übernommen. Es beteiligt sich an der Finanzierung des geplanten Corona-Pakets. Das Land ist doch nicht bloß ein Bittsteller?

Die Frage nach Italien kam von Ihnen. Ich könnte Ihnen auch bei anderen Ländern die Schwachpunkte nennen. Aber in Spanien, Portugal oder Irland haben wir unter dem Druck der Hilfsprogramme intensive Reformen erlebt, in Spanien verlangt sogar der Oppositionschef, dass es Geld nur gegen Reformen geben sollte. Und in Griechenland müssten wir über Auflagen gar nicht lange reden: Der neue Premier Kyriakos Mitsotakis macht die Reformen von allein.

Italien hat diese Woche ein umfassendes Reformprogramm vorgelegt, etwa zum Bürokratieabbau. Genügt das?

In die Richtung wie beim italienischen Reformprogramm muss es gehen: Bürokratieabbau, Kampf gegen Steuerhinterziehung, wettbewerbsfähige Wirtschaftssysteme.

Auch Österreich hat schon vor der Pandemie das Maastricht-Kriterium gerissen, und Ihre nationalen Corona-Hilfen sind im Verhältnis zur Einwohnerzahl fast doppelt so hoch wie in Deutschland. Sind Sie überhaupt so sparsam, wie Sie behaupten?

Österreich hatte sein Budget über Jahrzehnte nicht unter Kontrolle. Seit ich Bundeskanzler bin, ist das anders. Vor Corona hatten wir zwei Jahre in Folge einen Haushaltsüberschuss. Natürlich sind die Hilfspakete, die wir derzeit auf den Weg bringen, im internationalen Vergleich sehr großzügig, aus gutem Grund: Unser Land hängt stark vom Tourismus ab, der von der Krise viel här-

ter betroffen ist als andere Branchen. Aber wir werden unser Budget in den nächsten Jahren wieder auf Kurs bringen.

Um die Wirtschaft anzukurbeln, werben Sie wieder eifrig um Touristen, vor allem aus Deutschland. Sind so viele Reisen in Corona-Zeiten nicht viel zu gefährlich?

Das schauen wir uns sehr genau an. Wo es möglich ist, gibt es Reisefreiheit und offene Grenzen. Wo es die Sicherheit nicht zulässt, müssen wir einen anderen Weg gehen. Daher haben wir gerade Reisewarnungen für die Balkan-Länder und Südosteuropa beschlossen, obwohl wir mit dieser Region wirtschaftlich und menschlich eng verflochten sind.

Mit Deutschland waren Sie nachsichtiger: Nach dem Corona-Ausbruch in Gütersloh war die Debatte um Reisebeschränkungen rasch vom Tisch. Weil aus Nordrhein-Westfalen kaufkräftigere Touristen kommen als aus Bulgarien oder Rumänien?

Damit hat das nichts zu tun. Wir hatten in Bezug auf Gütersloh einen sehr guten Austausch mit der Kanzlerin, mit dem deutschen Gesundheitsminister, auch mit Ministerpräsident Armin Laschet. Wir sind extrem transparent informiert worden. Nachdem klar war, dass sich die Situation auf einige wenige Landkreise begrenzen lässt, hatte sich die Frage nach einer generellen Reisewarnung für Nordrhein-Westfalen erledigt.

Der deutsche Finanzminister sprach in Bezug auf das europäische Aufbauprogramm von einem "Hamilton-Moment": Wie im 18. Jahrhundert aus gemeinsamen Schulden die Vereinigten Staaten von Amerika hervorgingen, könnten jetzt die Vereinigten Staaten von Europa entstehen.

Wir brauchen keine Debatte über die Vereinigten Staaten von Europa, sondern über die Vollendung des Binnenmarkts, vor allem des digitalen Binnenmarkts. Auch ich will eine starke Europäische Union, das darf aber nicht im Widerspruch zu Nationalstaaten und Regionen stehen.

Wenn die Europäische Union gemeinsame Schulden aufnimmt, soll sie dann auch eigene Einnahmen bekommen - eine Abgabe auf CO2 zum Beispiel oder eine Digitalsteuer?

Eigene Einnahmen für die Europäische Union sind für mich ein denkbarer Weg. Nicht nur eine Digitalsteuer, auch CO2-Zölle würde ich begrüßen. Im Kampf gegen den Klimawandel müssen wir zu mehr Kostenwahrheit kommen. Wir brauchen weltweit einen fairen und gerecht organisierten Freihandel. Das bedeutet, dass wir auch Klimaschäden zum Beispiel durch lange Transportwege berücksichtigen müssen. Bei Lebensmitteln oder anderen Produkten, die auch regional erzeugt und verbraucht werden können, wären CO2-Zölle der richtige Weg.

Haben Sie für Ihr Pochen auf Sparsamkeit insgeheim auch Zuspruch aus der deutschen Politik erfahren?

Natürlich. Schließlich ist unsere Position bis vor wenigen Wochen auch von Deutschland vertreten worden. In vielen Fragen, gerade was die Notwendigkeit von Reformen betrifft, sind wir auf einer Linie mit Angela Merkel. Sie hat in der Finanzkrise dafür gekämpft, dass Griechenland unterstützt wird, aber verbunden mit notwendigen

Reformen. Am Ende werden Ergebnisse meistens dann gut, wenn unterschiedliche Blicke und Zugänge Einfluss finden.

Spielen Sie den Bad Cop also auch im Interesse Deutschlands?

Österreich und Deutschland sind in ihrer Struktur ähnlich. Wir sind beides exportorientierte Länder, wirtschaftsstarke, und viele der von Corona betroffenen Länder sind wichtige Partnermärkte. Insofern haben wir ähnliche Interessen.

Wie erklären Sie sich dann den Sinneswandel von Angela Merkel?

Sie hat ihre Überzeugungen, gleichzeitig sieht sie die Notwendigkeit, Brücken zu bauen und Kompromisse zu schließen. So geht es uns allen, und das macht Europa aus.

Werden sich die Europäer kommende Woche einigen?

Bei den Regierungschefs sehe ich Bewegung, vor allem beim regulären EU-Haushalt - und ein Verständnis, dass viele unserer Fragen berechtigt sind. Da sind auch einige bereit, Schritte in unsere Richtung zu machen. In dieser Debatte hat nicht einer recht, beide Perspektiven sind legitim. Es macht uns in Europa aus, wenn diese Debatte Platz hat und am Ende ein Konsens gefunden wird.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Einzelhandel und Corona



Die Maske ist ein Lustkiller

FAZ.NET, 06.07.2020

Warten könne man das nicht nennen, was er tut, sagt Stephan Nittel. "In Warten steckt ja auch das Wort Erwarten und mittlerweile erwarten wir nichts mehr", sagt der Freiburger Juwelier.

Von Stefanie Diemand, Jonas Jansen, Sarah Obertreis

Nittel wäre es am liebsten gewesen, wenn die Maskenpflicht im Einzelhandel schon vor Wochen abgeschafft worden wäre. Aber sie ist immer noch da und in Baden-Württemberg, wo Nittel wie schon sein Großvater Luxusuhren und Trauringe verkauft, sei keine Änderung in Sicht. "Seit acht Wochen hören wir einfach nichts dazu von der Politik", beklagt Nittel. Die Zahl der verkauften Colliers und Ohrringe sei rapide gesunken, seit mit den Corona-Auflagen die Maskenpflicht kam. Diamanten und Mundschutz, das passe einfach nicht zusammen.

Nun hat die Debatte um die Maskenpflicht im Handel an Fahrt gewonnen. Denn Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Harry Glawe (CDU) forderte eine Abschaffung der verpflichtenden Regelung. Er rechne damit, dass das Kabinett in Schwerin am 4. August ein Ende der Maskenpflicht im Einzelhandel beschließen wird.

"Die Maskenfrage alleine rettet uns nicht"

Der Vorschlag stieß auf viel Gegenwind: Bundeskanz-

lerin Angela Merkel lehnt eine Lockerung ab. "Überall dort, wo im öffentlichen Leben der Mindestabstand nicht gewährleistet sein kann, sind Masken ein wichtiges und aus heutiger Sicht auch weiter unverzichtbares Mittel", sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin. So positionieren sich auch die meisten Bundesländer: Gegen ein Ende der Maskenpflicht sprachen sich unter anderem Bayern, Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Hamburg aus.

Während die Politik weiter über die Abschaffung der Maskenpflicht diskutiert, reagieren die meisten Einzelhändler verhaltener als Juwelier Nittel. "Für den Einzelhandel ist es gut, wenn die Maskenpflicht, sobald dies gesundheitspolitisch möglich und vernünftig ist, abgeschafft wird", sagt der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Deutschland (HDE), Stefan Genth. Doch auch der Handelsverband will das nicht selbst entscheiden, die Einschätzung dazu müssten Politik und Medizin treffen.

Vor allem die Modehändler ächzen noch unter der Krise, der Handelsverband Textil (BTE) geht davon aus, dass die Textilunternehmen im ersten Halbjahr zwischen 30 und 40 Prozent ihrer Umsätze eingebüßt haben. "Die Maske ist natürlich ein Lustkiller, sie ist lästig und behindert beim Modeeinkauf. Ware anzuprobieren ist nicht ideal", sagt BTE-Sprecher Axel Augustin. "Doch hilft es auch nicht, wenn man die Maskenpflicht abschafft und dann die Kunden verliert, die vorsichtig sind."

Im Verband gibt es ebenfalls keine einheitliche Meinung und belastbare Zahlen noch weniger, weil auch andere Effekte wie geringe Einkommen der Konsumenten durch Kurzarbeitergeld oder die generelle Unsicherheit zur konjunkturellen Lage die Einkaufsfreude dämpfen. "Die Maskenfrage alleine rettet uns nicht. Wir brauchen gesellschaftliches Leben, damit es der Modebranche besser geht", ist Augustin überzeugt. Derzeit fehlen die Messen, die Feste oder Abi-Bälle, also die Anlässe, zu denen Menschen Mode kaufen.

Eine rein politische Debatte

Der Lebensmitteleinzelhandel, so scheint es, kommt derweil mit den veränderten Gegebenheiten am besten zurecht. In den Supermärkten haben sich die Abstandsmarkierungen auf dem Boden und die Plexiglasscheiben längst bewährt, heißt es aus der Branche. Sie ist zudem wenig vom sinkenden Konsumklima betroffen: Der Wocheneinkauf findet auch mit Maske statt, selbst Kunden, die sich darüber ärgern, benötigen Lebensmittel aus dem Supermarkt. Ein Rewe-Sprecher verweist darauf, dass das derzeit eine rein politische Debatte sei.

Doch hat die Maskenpflicht überhaupt einen Einfluss auf das Konsumverhalten? Wenn man einer Umfrage des Instituts für Handelsforschung (IFH) in Köln glaubt, hemmt der Mundschutz tatsächlich die Einkaufslaune der Deutschen. In einer Umfrage gaben 52 Prozent der Kunden an, dass sie ohne die Maskenpflicht mehr Lust am Einkauf haben würden. Genau die Hälfte der Befragten gaben an, aufgrund der Maskenpflicht weniger in Geschäften zu stöbern.

"Die Maskenpflicht wirkt"

Die repräsentative Cosmo-Studie, die von verschiedenen Forschungseinrichtungen wie der Universität Erfurt und dem Robert-Koch-Institut erhoben wird, zeigt jedoch ein anderes Bild. Zwar untersuchen die Wissenschaftler nicht die Auswirkungen auf die Konsumfreude, jedoch die allgemeine Akzeptanz der Maskenpflicht in der Bevölkerung: So seien rund 58 Prozent der Befragten für eine Pflichtregelung, rund 85 Prozent schätzen das Maskentragen sogar als wirksame Schutzmaßnahme ein. "Die Maskenpflicht wirkt", sagt Cornelia Betsch, Professorin für Gesundheitskommunikation an der Universität Erfurt. Denn durch die verpflichtende Regelung würden deutlich mehr Menschen zum Mund- und Nasenschutz greifen als es bei einer freiwilligen Lösung der Fall wäre. "Wenn man also möchte, dass ausreichend viele Menschen eine Maske tragen, dann braucht es die Maskenpflicht."

Juwelier Nittel würde sich über einen Kompromiss freuen. Es sei schon weit über einen Monat her, dass er dem Freiburger Oberbürgermeister einen Brief geschrieben und ihm einen Vorschlag unterbreitet hat, der ihm das Leben erleichtern würde: In den Teilen des Handels, in denen lebenswichtige Güter und Leistungen angeboten werden und die Kundenfrequenz hoch ist - in Supermärkten oder Drogerien zum Beispiel - solle die Maskenpflicht aufrechterhalten werden.

Dort müssten die Menschen schließlich hin und könnten sich dem Kontakt mit anderen nicht entziehen. Aber in den Geschäften, in denen die Menschen kaufen, weil sie sich oder jemand anderem eine Freude machen, weil sie sich entspannen oder einfach Geld ausgeben wol-

len, in Geschäften, wie Nittel eines führt also, sollte die Maskenpflicht entfallen. Sie halte die Menschen davon ab, zu kaufen. "Es kommen nur noch die Kunden, die für einen bestimmten Anlass etwas suchen. Zum Bummeln kommt keiner mehr", sagt der Juwelier.

Betsch hat nur wenig Verständnis für die derzeitige Diskussion. "Die Maskenpflicht wird als fairer wahrgenommen als eine freiwillige Regelung", sagt sie. "Besonders von der Risikogruppe." Menschen mit Vorerkrankungen könnten ohne die Maskenpflicht dazu neigen, seltener einkaufen zu gehen. Diese Käufergruppe könnte dann als Konsument fehlen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Wie viel wir künftig fürs Wohnen bezahlen



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.07.2020

Die Corona-Krise hat die Hauspreise und Mieten bislang nicht einbrechen lassen - doch das muss nicht so bleiben.

Von Christoph Schäfer

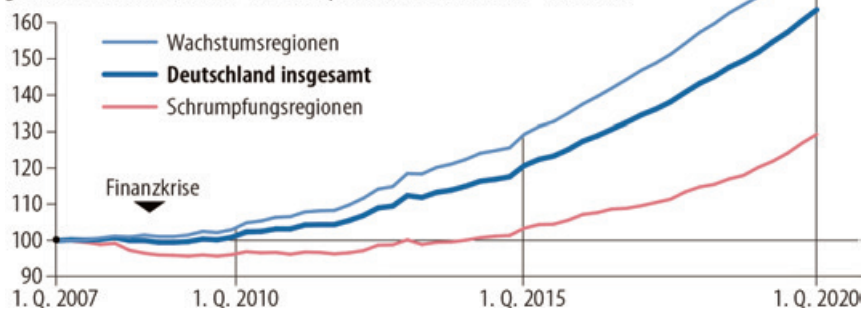
Seit ziemlich genau acht Jahren kennen die Mieten und Immobilienpreise nur eine Richtung: steil nach oben. Das Analysehaus Empirica hat vor kurzem die **(1)** Preise für Wohnimmobilien in Deutschland ermittelt. Der Index zeigt das gewichtete Mittel aus Kauf- und Mietpreisen aus über zwei Millionen Inseraten. Demnach haben die Preise für solche Häuser und Wohnungen in

Deutschland zunächst jahrelang stagniert - um dann aber von 2012 bis Anfang diesen Jahres um 55 Prozent zu steigen. Rechnet man die Inflation heraus, bleibt immer noch ein kräftiger realer Wertzuwachs von 45 Prozent. Besonders deutlich war der Anstieg in den Regionen, in denen die Bevölkerung wächst. Dort stiegen die Preise nominal um 64 Prozent. Doch selbst in Schrumpfungsräumen verteuerten sich Immobilien noch um ein Drittel.

Spannender als die Vergangenheit ist jedoch die Frage, wie es in und nach der Corona-Krise weitergeht. Wirklich wissen kann das niemand, aber es gibt mittlerweile gute Hinweise. Eine aktuelle Auswertung von Empirica kommt

1 Immobilien haben sich seit 2007 enorm verteuert

gewichtetes Mittel aus Kauf- und Mietpreisen, 1. Quartal 2007=Index 100¹⁾



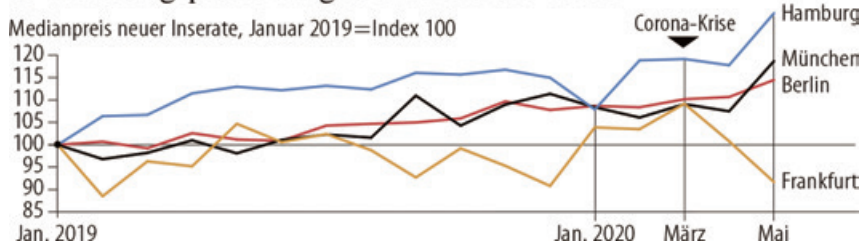
zu dem Ergebnis, dass die Preise, die Verkäufer für Wohnungen und Ein- bis Zweifamilienhäuser verlangen, selbst (2) nach Beginn der Corona-Krise in Hamburg, München und Berlin weiter stiegen. Nur in Frankfurt ging es bergab. Natürlich müssen die Wunschpreise der Anbieter nicht den später tatsächlich gezahlten Verkaufspreisen entsprechen. Trotzdem ist festzuhalten, dass von einem flächendeckenden Rückgang der Preise keine Rede sein kann, eher ziehen sie weiter an. Lediglich die Mieten gaben etwas nach.

Allerdings schränkt Reiner Braun, Geschäftsführer von Empirica, die Aussagekraft dieser Zahlen etwas ein: In den Monaten April und Mai, zur Hochzeit der Corona-Pandemie,

le Finanzierungen platzen oder es gar zu Notverkäufen kommt. Das aber dauert immer ein paar Monate. Klammere Immobilienbesitzer konsumieren zuerst weniger: Vielleicht lässt sich ein Motorrad verkaufen, ein Urlaub absagen oder etwas Geld von den Eltern besorgen. Wenn das nicht reicht, werden die bedrängten Hausbesitzer mit ihrer Bank reden und versuchen, die Tilgung zu senken. Erst wenn auch das scheitert und die Bank auf stur schaltet, ist das Haus nicht mehr zu halten. "Deshalb werden wir erst an Weihnachten wirklich wissen, ob es zu vielen Notverkäufen gekommen ist", vermutet Fachmann Braun.

Obwohl also noch nicht feststeht, ob und in welchem Ausmaß die Preise in den nächsten Monaten fallen werden,

2 Wohnungspreise steigen selbst in der Krise



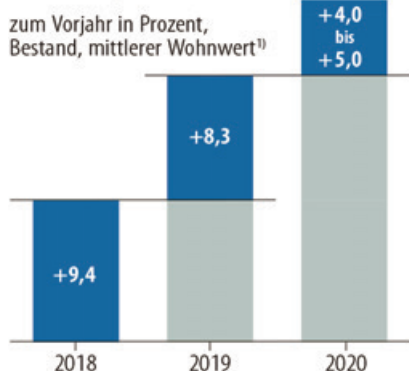
mie, wurden erheblich weniger Immobilien verkauft oder vermietet. "Auf den Markt kamen vor allem Objekte, von denen sich die Verkäufer sicher waren, dass sie die auch mitten in der Krise zu einem guten Preis loswerden." Insofern waren die angebotenen Immobilien im Schnitt hochwertiger als in den Monaten zuvor. Das dürfte ein guter Teil der Erklärung dafür sein, dass die Kaufpreise in drei der vier Städte noch mal stiegen.

Zudem muss es Braun zufolge nicht zwangsläufig so bleiben, dass die Preise eher steigen denn sinken. Klar ist, dass Preise sinken, wenn das Angebot die Nachfrage übersteigt. Eine solche Situation dürfte im deutschen Immobilienmarkt allerdings erst dann einsetzen, wenn vie-

ist schon jetzt klar, welche Segmente des Immobilienmarktes zuerst unter Druck kommen werden. Problematisch sind erstens die sogenannten Schrottimmobilien. Das sind beispielsweise unsanierte Häuser aus den fünfziger Jahren, die an einer vielbefahrenen Straße stehen. In einem boomenden Markt lassen sich auch solche Objekte zu guten Preisen verkaufen, das aber dürfte sich erst mal erledigt haben.

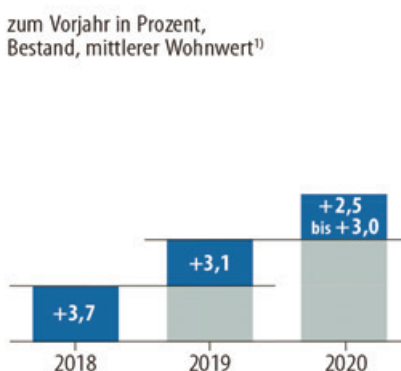
Schwierig wird es wohl auch für Kapitalanleger, die eine hochwertige Immobilie für sehr viel Geld gekauft haben und darauf hofften, sie für noch mehr Geld weiterzuverkaufen. Die Rechnung dieser Spekulanten dürfte nicht mehr aufgehen. Eigentümer einer typischen Wohnung oder Doppelhaushälfte können sich hingegen freuen:

3 Prognose: Kaufpreise...



1) Nicht um die Inflation bereinigt. 2) Sollzinsbindung 10 Jahre.

4 ...und Mieten steigen auch dieses Jahr



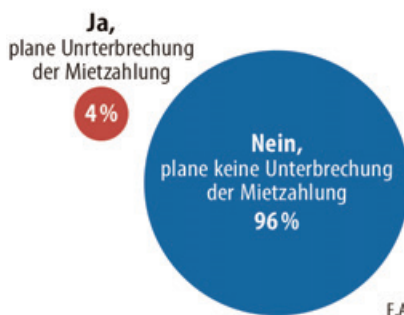
Diese dürften zuallerletzt im Preis sinken. Da der Wunsch nach eigenen vier Wänden spätestens mit der Geburt eines zweiten Kindes enorm wächst, ist die Nachfrage quasi unauslöschlich. In Zeiten des Homeoffice dürfte er zudem weiter wachsen - und ein Überangebot durch zu viele gebaute Häuser ist in diesem Segment nach wie vor nicht in Sicht. Wenn überhaupt, könnte es regional zu Problemen kommen. Vor allem in Städten wie Ingolstadt und Wolfsburg lohnt ein genauer Blick.

Sollten die großen Autohersteller und Zulieferer dort nämlich Zehntausende Angestellte entlassen, könnte der Markt Empirica zufolge doch um 10 bis 15 Prozent einbrechen. Dank der zahlreichen Fördermilliarden und der zunehmenden Corona-Lockerungen sieht es danach allerdings nicht aus. Sollte es im Herbst nicht zu einem

den demnach im bundesweiten Durchschnitt in diesem Jahr um 2,5 Prozent bis 3 Prozent zulegen. Das wäre nur geringfügig weniger als im vergangenen Jahr. Als Begründung führt der IVD an, dass sich "die Marktsituation in vielen Städten und allen Metropolen nicht geändert hat. Es ist ein deutlicher Nachfrageüberhang sowohl nach Miet- als auch nach Eigentumswohnungen zu verzeichnen." Und dieser Nachfrageüberhang sei "kurzfristig nicht abbaubar". Gegen Notverkäufe und sinkende Preise spricht auch, dass die allermeisten Besitzer ihre Miete auch in der Corona-Krise zahlen wollen. Eine repräsentative Umfrage ergab, dass **(5)** nur 3,8 Prozent die Zahlung vorübergehend einstellen wollen. Die Pflicht zur Zahlung binnen zwei Jahren bleibt ohnehin bestehen. Auch die nach wie vor extrem niedrigen Bauzinsen legen nahe, dass die Banken nicht mit vielen platzenden Finanzierungen rechnen. Für

5 Fast alle zahlen weiter brav ihre Miete

„Planen Sie im Zuge der Corona-Pandemie Mietzahlungen vorübergehend einzustellen und auf einen späteren Zeitpunkt zu verlagern?“



6 Auch die Bauzinsen sind in der Krise nur minimal gestiegen in Prozent²⁾



F.A.Z.-Archiv Ilona Sell/Illustration Jens Giesel/F.A.Z.-Grafik Felix Brocker

zweiten Lockdown kommen, steht zum Jahresende und vor allem im nächsten Jahr eher eine kräftige Erholung der Wirtschaft an.

Gleiches gilt laut Immobilienverband Deutschland (IVD) auch für den Häusermarkt. Bei **(3)** Eigentumswohnungen im Bestand rechnet dieser mit einem durchschnittlichen Preiswachstum von 4 bis 5 Prozent. Das ist zwar deutlich weniger als im vergangenen Jahr (8,3 Prozent), aber eben immer noch eine Steigerung weit oberhalb der Inflationsrate. Auch die **(4)** Mietpreise für Bestandswohnungen wer-

ein Darlehen, das den Zins auf zehn Jahre festschreibt, werden derzeit grob 0,8 Prozent fällig. **(6)** Das sind gerade einmal 0,15 Prozentpunkte mehr als unmittelbar vor der Krise. Fazit: Anders als bei gewerblichen Immobilien zeigt sich der Markt für Wohnimmobilien äußerst robust. In einzelnen Regionen und Segmenten könnten die Preise nachgeben - mittel- bis langfristig aber dürften sie weiter anziehen.

Datenrecherche: Matthias Janson Quellen: Empirica Regio, IVD, Interhyp AG, Civey

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

Zehntausende Kunden bedienen ihre Kredite nicht

FAZ.NET, 12.07.2020

Tim Kanning im Interview mit dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Karl von Rohr.

Manche Banken machen nach dem Lockdown Filialen gar nicht mehr auf, sondern schließen sie dauerhaft. Wie sieht das bei Ihnen aus?

Unsere Postbank-Filialen waren auch durch die gesamte Corona-Zeit geöffnet. Von unseren mehr als 500 Deutsche-Bank-Filialen haben 290 die ganze Zeit unsere Kunden bedient. Die zwischenzeitlich geschlossenen Filialen machen nun nach und nach wieder auf, aktuell sind nur noch etwa zehn geschlossen. Filialen dauerhaft zu schließen ist bei uns nicht geplant. Wir haben unser Filialnetz in den vergangenen drei Jahren um ein Viertel und damit deutlich stärker als die meisten unserer Wettbewerber verkleinert. Und wir werden weiter arrondieren. Gerade haben wir zum Beispiel in ersten Postbank-Filialen Selbstbedienungsgeräte der Deutschen Bank aufgestellt und umgekehrt. Das wird gut angenommen. Beide Marken komplett in einer Filiale zusammenzulegen ist aber derzeit nicht geplant.

Wie macht sich Corona sonst im Deutschland-Geschäft bemerkbar?

Einerseits hat Corona im Vertrieb in der zweiten März- und der ersten Aprilhälfte zwar bei einigen Produkten Spuren hinterlassen, vor allem bei Konsumentenkrediten und bei Kontoeröffnungen oder Kartenanträgen. Ande-

rerseits sind wir in der Baufinanzierung interessanterweise stärker gewachsen als im Vorjahr, und auch bei Investmentprodukten haben wir - nach einem kurzfristigen Rückgang - wieder Fahrt aufgenommen.

Wie viele Kunden machen denn von ihrem Sonderrecht Gebrauch, wegen Corona ihre Kredite nicht zu bedienen?

Wir haben bislang insgesamt etwa 70.000 Stundungsanträge von Privatkunden der Deutschen Bank und der Postbank erhalten, das ist ein einstelliger Prozentsatz unseres gesamten Kreditportfolios. Die Zahl steigt weiter, jedoch deutlich langsamer als noch im Frühjahr. Die Möglichkeit, dass manche dieser Kredite ausfallen, besteht natürlich, allerdings sind vor allem Baufinanzierungen in der Regel hoch besichert. Wir sind stets in engem Austausch mit unseren Kunden, um gemeinsam pragmatische Lösungen zu finden.

Steigt durch Corona der Kostendruck? Schon vorher sollte das Deutschland-Geschäft 1 Milliarde Euro einsparen, und 8000 Stellen sollten wegfallen.

Wir haben angekündigt, im gesamten Konzern weltweit 18.000 Stellen abzubauen - aber wir haben das nicht weiter aufgeschlüsselt, und das werde ich auch heute nicht tun. Wir halten an dem geplanten Kostenziel fest, werden uns aber anstrengen, noch schneller unsere Ziele zu erreichen. Die Krise hat beispielsweise gezeigt, dass das Arbeiten von zu Hause gut funktioniert und die Mitarbeiter zum Teil sogar produktiver sind, etwa weil in

den großen Metropolen die Pendelzeiten wegfallen. Wir prüfen derzeit, wo wir bei unseren Immobilien Geld einsparen können.

Ihr Wettbewerber Commerzbank ist nach dem Doppelrücktritt führungslos. Was heißt das für die Deutsche Bank?

Ich habe es mir zur Regel gemacht, mich nicht zu unseren Wettbewerbern zu äußern. Wir haben uns vergangenes Jahr entschieden, von einem Zusammenschluss mit der Commerzbank abzusehen und stattdessen unsere eigenständige Strategie umzusetzen, die wir vor genau zwölf Monaten vorgestellt haben. Darauf haben wir uns konzentriert und seitdem sehr gute Fortschritte gemacht - wir liegen bei unserem Umbau voll im Plan. Das spiegelt auch unsere Aktienkursentwicklung wider. Wir konzentrieren uns darauf, diese Transformation konsequent fortzusetzen.

Aber Ihr Vorstandschef Christian Sewing spricht doch immer von der dringend nötigen Konsolidierung.

Wir konsolidieren ja auch: Wir haben allein in Deutschland in den vergangenen Jahren die Postbank, die Norisbank und die Berliner Bank in unsere Bank integriert. Und ich bin überzeugt, dass wir in den kommenden Jahren mehr Konsolidierung in Deutschland und Europa sehen werden - das ist auch notwendig und sinnvoll, gerade im Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten und China. Eine wichtige Voraussetzung wäre aber, die europäische Bankenunion zu vollenden und endlich auch die Kapitalmarktunion anzugehen.

Werden Sie die Wirecard Bank konsolidieren?

Eine unserer Stärken liegt im weltweiten Zahlungsverkehr. Wenn sich auf diesem Feld also Gelegenheiten ergeben, um uns zu verstärken, dann werden wir diese sicher prüfen. Bei der Wirecard Bank sind wir gefragt worden, ob wir uns vorstellen können, sie finanziell zu unterstützen. Das prüfen wir gerade. Unsere Entscheidungen müssen strategisch sinnvoll sein und für unsere Aktionäre den Wert unserer Bank steigern. So haben wir es bei der Commerzbank gehalten, und so halten wir es bei anderen Fragestellungen auch.

Wenn eine ausländische Bank die Commerzbank übernimmt, hätten Sie plötzlich wieder einen sehr starken Konkurrenten im Heimatmarkt.

Wir haben schon heute viel Konkurrenz auf dem Heimatmarkt. Deshalb sind ja auch die Margen so niedrig. Wir stellen uns dieser Konkurrenz seit Jahren. Ein Zusammenschluss allein aus Angst vor Dritten wäre eine schlechte Entscheidung.

Gerade haben Sie eine große Partnerschaft mit Google angestoßen. Führt an den Tech-Giganten kein Weg vorbei?

Die Cloud-Technologie ist die Zukunft. Wir sehen jeden Monat einen dramatischen Anstieg an benötigten Rechnerkapazitäten. Bei der Berechnung von Kredit- und Marktrisiken liegen wir heute bei 600 Milliarden Rechenvorgängen pro Tag und gehen von einem Anstieg auf eine Billion Rechenvorgänge pro Tag in den kommenden zwei Jahren aus. Dank Cloud-Technologie können wir die

Rechnerkapazität viel leichter an solche Entwicklungen anpassen. Durch die Partnerschaft haben wir jederzeit Zugriff auf die weltweit besten Spezialisten in Bereichen wie Datenmanagement oder Künstliche Intelligenz und können schnell einen erheblichen Mehrwert für unsere Kunden schaffen. Außerdem bietet die Cloud von Google noch einmal deutlich mehr Sicherheit - einfach weil Google wesentlich mehr in die Sicherheitssysteme investieren kann, als eine einzelne Bank das je könnte.

Was bringt das Ihren Kunden?

Deutlich mehr Innovationen. Denkbar ist zum Beispiel, dass ein Privatkunde, der am Ende des Monats mal 20 und mal 250 Euro zum Sparen hat, variable Anlageprodukte angeboten bekommt. Und der Treasurer eines Unternehmens kann mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz viel genauer vorhersagen, wann er wie viel Barmittel braucht.

Die Deutschen sind meist eher skeptisch bei neuen Technologien. Können Sie die Datensicherheit garantieren?

Europäische Daten werden in Europa liegen und nach europäischen Datenschutzstandards gespeichert. Alle Kundendaten werden verschlüsselt, und nur wir werden den Verschlüsselungscode dafür haben. Google wird auf die gespeicherten, individuellen Daten nicht zugreifen können. Das haben wir natürlich sehr intensiv diskutiert. Unsere Kunden brauchen sich da keine Sorgen zu machen.

Stichwort interne Kontrollen: Die New Yorker Finanzaufsicht hat Ihnen ein äußerst schlechtes Zeugnis ausgestellt. Im Falle des Sexualstraf Täters Jeffrey Epstein sind Ihnen viele auffällige Transaktionen durchgegangen.

Epstein hätte nie Kunde der Bank werden dürfen. Das war ein großer Fehler, und das schadet nun, Jahre später, der Reputation unserer Bank. Der Fall zeigt uns, wie wichtig es ist, in gute Kontrollen zu investieren, aus Fehlern zu lernen und unsere Prozesse ständig zu verbessern. Das haben wir getan, und das tun wir weiter. Wir haben heute viel engmaschigere Kontrollen. Aber das Urteil der Finanzaufsicht fiel ja nicht nur schlecht aus. Die DFS hat unsere Kooperation als beispielhaft bezeichnet.

Wie sehr schadet der Wirecard-Skandal dem Finanzstandort Deutschland?

Natürlich schadet der Vorfall dem Finanzstandort. Aber wir sollten unseren Finanzstandort auch nicht schlechter reden, als er ist. Von größter Bedeutung ist nun, dass zügig geprüft wird, was genau in diesem Fall falsch gelaufen ist, und sicherzustellen, dass sich so etwas nicht wiederholen kann.

Braucht die Bafin mehr Schlagkraft?

Entscheidend ist doch, was genau im Verantwortungsbereich der Bafin lag und liegt. Die wichtigste Lektion ist, dass ähnliche Geschäfte auch ähnlich reguliert werden müssen, zum Beispiel Zahlungsdienste, egal ob sie von einer Bank oder einer Nicht-Bank angeboten werden.

Sie sind auch Aufsichtsratschef der Fondsgesellschaft DWS. Deren Starmanager Tim Albrecht hat sich mit einer großen Wette auf Wirecard gründlich verzo-ckt. Hat das Konsequenzen?

Tim Albrecht hat seine Aufgabe als aktiver Fondsmanager wahrgenommen und steht für seine Anlageentscheidungen gerade. Entsprechend hat er ja angekündigt, dass er auf seine variable Vergütung verzichtet. Das finde ich sehr anständig. Der tatsächliche Einfluss dieses Investments auf die Fonds-Performance gegenüber dem Vergleichsindex liegt bei 1,77 Prozent.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de



Ihr Partner für
Information und
Content

F.A.Z.-Research

Textservice

Recherche,
Textproduktion,
Illustration,
Übersetzung

Frankfurter Allgemeine
ARCHIV